Freitag, den 22. Juli 1921. 93. Jahrgang. – Nr. 169.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 6.– Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 18.– Mk., monatlich 6.– Mk., frei Haus. – Erscheint an allen Werktagen morgens. – Für unverlangte Einsendungen dankt die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. – Sprechstunden der Schriftleitung von 11–12 Uhr vorm. und 5–6 Uhr nachmittags. – Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. – Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11. Fernsprecher 125. – Postscheckkonto Cöln Nr. 41494.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 40 Pfg., Familienanzeigen 30 Pfg., Stellengesuche 25 Pfg., außerhalb 50 Pfg. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 1.75 Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr 25 Mk. das Tausend. Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. – Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr

Der Oberste Rat.

Erkannt hat im „Temps" mitteilen lassen, daß Frankreich über die Entscheidung über Oberschlesien auf die griechischen Kalender vertagen will. Allerdings sagt der „Temps" das nicht so offen. Aber er führt so viele Gründe dagegen an, daß der Oberste Rat nunmehr zur entscheidenden Sitzung zusammentreten soll, daß keine andere Auslegung möglich ist als die: Frankreich will den Obersten Rat überhaupt nicht entscheiden lassen, sondern Oberschlesien den Polen glatt in die Hände spielen. Der „Temps" leistet sich sogar den Hohn, sich für die Auslegung der Taktik Briands auf den Versailler Vertrag zu berufen. Nur ist dieser Vertrag eindeutig klar. Bei der Entscheidung soll nicht das Abstimmungsergebnis, sondern es sollen auch die wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse berücksichtigt werden. Da das Abstimmungsergebnis seit vier Monaten vorliegt, kann das kein Grund zur Verzögerung sein. Die geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse lassen eine Teilung überhaupt nicht zu. Wenn Briand sich besorgt zeigt, daß die Entscheidung neue Unruhen hervorrufen könnte, so ist diese Sorge dann unbegründet, wenn bei der Entscheidung der Versailler Vertrag berücksichtigt wird. Es ist dann Sache Deutschlands, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Anwesenheit der französischen Truppen ist ein Element der Unruhe an sich. Je eher sie zurückgezogen werden, desto besser ist das für das hart geprüfte Industriegebiet. Auch der Einwand, daß eine Deutschland günstige Entscheidung einen neuen Aufstand der Polen herbeiführen würde, trifft nicht zu. Es ist einfach nicht wahr, daß es die bodenständige Bevölkerung war, die sich am Putsch beteiligte. Korfanty's Banden waren hauptsächlich aus Kongreßpolen und Galizien herübergekommen.

Außerdem stieß das Gesindel zu ihm, das seit der Novemberumwälzung in Oberschlesien angeschwemmt war. Weiter hat Korfanty seit zwei Jahren Tausende von Parteigängern aus Polen kommen lassen, die sich in Oberschlesien niederließen, um die gewaltsame Polonisierung und Eroberung des Landes vorzubereiten. Diese Banden Korfanty's haben die polnische nationalistische Welle verursacht. Sie haben im Abzug selbst noch im Osten mit reindeutschen Mehrheiten Siegesfeste veranstaltet und die Bevölkerung unter Drohungen gezwungen, daran teilzunehmen. Der „Temps" glaubt sich einen besonders geschickten Schachzug zu leisten, indem er darauf hinweist, daß auch die Vereinigten Staaten bei der Entscheidung mitwirken müßten. Das war unvorsichtig. Der Gedanke, die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens durch eine Volksabstimmung herbeizuführen, stammt aus nordamerikanischen Kreisen. Aber das Volk der Vereinigten Staaten weiß nicht, wie die Abstimmung durchgeführt worden ist. Es weiß nicht, daß die Polen, gestützt auf die Franzosen, die Bevölkerung bedrohten und ihr die Vertreibung in Aussicht stellten, sofern sie ihre deutsche Gesinnung durch den Stimmzettelbekunden würde. Daß das keine leere Drohung war, hat der dritte Polenaufstand gezeigt. Es ist Sache der deutschen Regierung, dies den Mitgliedern des Obersten Rates noch einmal in einer Rundnote zur Kenntnis zu bringen. Ob der Oberste Rat Ende Juli zusammentritt, ist ungewiß. Eine feierliche Kundgebung der deutschen Regierung, die die Schreckensherrschaft der Polen vor und nach der Abstimmung durch Tatsachen und Ziffern schildert, bildet wichtiges Material für die Entscheidung. Auch das muß in der Kundgebung gesagt werden, daß für die deutsche Bevölkerung in einem polnischen Teil Oberschlesiens kein Raum mehr ist. Die Polen haben damit gedroht, sie ohne Ausnahme zu verjagen. Sie wollen sich eben der industriellen Werksanlagen bemächtigen, um aus diesem Raub deutscher Arbeit Kapital zu schlagen. Das wird mißlingen, da die Polen die wirtschaftlichen Beziehungen zum deutschen Reiche garnicht aufnehmen könnten. Heute schon ist die Lage der oberschlesischen Industrie, daß sie zusammenbricht, wenn ihr noch länger die Lebensadern unterbunden werden. Und diese Lebensadern sind die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zum Deutschen Reich.

Der Oberste Rat kann also garnicht anders, als unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse zu entscheiden. Soll das Selbstbestimmungsrecht einen Sinn haben, so ist es doch nur der, nach dem Mehrheitswillen der Bevölkerung zu entscheiden. Nicht aber darnach, ob die Nachbarstaaten dadurch Vorteile oder Nachteile haben. Sonst wäre das Selbstbestimmungsrecht ja nur Willkür und sein Mißbrauch nichts anderes, als die Anwendung rücksichtsloser und verbrecherischer Gewalt.

Das neue sozialdemokratische Programm im Spiegel der Presse

In folgendem geben wir eine Reihe von Pressestimmen zum neuen sozialdemokratischen Parteiprogramm wieder.

Der

„Tag"

schreibt: Das Wichtigste an dem Programmentwurf ist der Verzicht auf die Proklamierung des Klassenkampfes und der Revolution des internationalen Proletariats. Würde der Görlitzer Parteitag dieses Programm annehmen, so würde die sozialdemokratische Partei Deutschlands aufhören, eine revolutionäre zu sein, und damit wären alle Hindernisse für ihre gleichberechtigte Einordnung und Mitarbeit im Kreise der nach Evolutionen des Gegenwartsstaates strebenden Parteien beseitigt. Ueber alle Einzelforderungen läßt sich streiten; der Kampf der Geister kann darum mit aller Schärfe geführt werden, wenn nur die Gewaltanwendung gegen die eigenen Volksgenossen dabei ausgeschlossen bleibt. Hoffentlich lassen sich die Sozialdemokraten durch das vorauszusehende Toben der Kommunisten und der Unabhängigen Sozialisten nicht irre machen, sondern beschreiten endgültig und in aller Form den Weg der Evolution, den sie längst hätten gehen müssen.

In der

„Vossischen Zeitung"

führt Georg Bernhard aus: Im Gegensatz zum alten Programm sind im neuen der praktischen Gegenwartsforderungen viele; die theoretische Einleitung dagegen ist winzig und nimmt sich beinahe aus, als ob sie künstlich den Einzelforderungen vorgelebt worden sei. Es sollte etwas an der Spitze stehen, was an die große Tradition erinnerte. Vom Klassenkampf ist in dem neuen Programm keine Rede mehr. Wenigstens kommt das Wort nicht mehr vor. Und in der Sache wird dieses Problem mit einer Zartheit behandelt, die allen bürgerlichen Anforderungen Rechnung trägt. Von der „revolutionären" Sozialdemokratie kann fürderhin nicht mehr gesprochen werden. Der Evolutionismus hat im inneren Parteistreit gesiegt. Ja mehr als das: die Sozialdemokratie ist zu einer reformerischen Kleinbürgerpartei geworden. Sie ist die Partei der arrivierten Handarbeiter, der Handwerker, Kleinhändler und Beamten. Nirgend wird mehr davon gesprochen, daß der Kleinbetrieb zum Untergang verdammt sei. Bauern und Handwerker haben die Gunst der Zahlabendpolitiker gewonnen.

Und schließlich die

„Rote Fahne"

nimmt in folgender Weise Stellung: Die Veröffentlichung und der Inhalt dieses Programms ist eine Herausforderung an die Unabhängigen. „Nehmt mich, wie ich bin, oder gar nicht!" ruft die S. P. D. frei nach dem Jesuitengeneral Clemens XIII. der U. S. P. zu. Das neue Programm bestätigt nicht nur von Anfang bis zu Ende das Wesen der S. P. D., die Aufgabe des proletarischen Endzieles, sie enthält auch selbst in Worten keinerlei Konzession an die revolutionäre Phraseologie der Unabhängigen, sondern kehrt mit aller Absicht die demokratische Phraseologie heraus, die für die unabhängigen Führer das Haupthindernis bei der Einigung bildet. Die politische Perspektive des Programms ist eine Herrschaft des Kleinbürgertums im Verein mit der Oberschicht des Proletariats, gestützt auf einen demokratischen Völkerbund, in dessen Rahmen eine Milderung und allmähliche Beseitigung der außenpolitischen Spannungen eintreten soll. Im Rahmen dieser Herrschaft des Kleinbürgertums soll der Sozialismus allmählich verwirklicht werden. Die ganze bisherige Entwicklung der deutschen Revolution hat diese Perspektive als völlig utopisch erwiesen und die Richtigkeit der marxistischen Lehre vom Zusammenbruch des Kapitalismus bestätigt. Das Programm der S. P. D. gibt, wie schon die früheren, den Marxismus vollkommen preis, es ist „reiner Reformismus", um mit Hilferding zu reden.

Das ausgebrannte Rußland

Der Bankerott des sozialistisch-radikalen Systems.

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die prinzipielle Bedeutung der russischen Mißernte und des Hungertodes, der Millionen Russen bedroht, liegt darin, daß diese Mißernte nicht Folge der Trockenheit, sondern Folge eines Systems ist, das seit Jahren die Wurzeln der russischen Produktion abtötete und mit arithmetischer Sicherheit zur Zerrüttung und Vernichtung aller Produktionszweige führen mußte. Die russische Mißernte und der Hungertod von Millionen sind

eine Folge des sozialistischen Zwangsstaates.

In einem Agrarstaate wie Rußland, einem Staate, dessen Bevölkerung zu 90 Prozents aus Bauern besteht, hatte der Zarismus, eine patriarchalische Staatsform mit stark absolutistischen Methoden, wenigstens äußerlich den Charakter Rußlands als Bauernstaat aufrecht erhalten müssen. Die Witte und Genossen zwar brauchten zur Abdeckung der Rüstungskosten das Geld des Auslandes und eine künstlich errichtete Industrie, immerhin hatte aber der russische Fabrikarbeiter noch sein Dorf hinter sich, er war nicht so vom Boden losgelöst wie der Industriearbeiter des Westens. Das Dorf bestimmte die Geschicke Rußlands Witte und seine Nachfolger mochten aus politischen Gründen künstlich den Getreideexport anreizen, um ausländische Kapitalien hineinzubekommen, schließlich lief doch die Entwicklung der russischen Agrarpolitik darauf hinaus, dem Bodenhunger des Muschik entgegenzukommen und ihn durch eine Agrarreform größten Stils zu befriedigen. Die Stolypin'sche Agrarreform vor dem Kriege hatte fast 4 Millionen Bauern angesiedelt, die Aufteilung der übergroßen Latifundien war praktisch in Angriff genommen. Gleichzeitig erstarkte die bäuerische Selbstverwaltung. Jeder zehnte Russe gehörte 1914 auf dem Lande den Landwirtschaftlichen Genossenschaften an, bezog von ihnen Kleidung, Pflugschare, erhielt von ihnen Kredite, und diese gewaltigen Genossenschaften, deren Entwicklung ebenso wie die russischen Ansiedlungsbestrebungen in Westeuropa nicht genügend beachtet wurden, waren nach dem Urteil aller russischen Volkswirte das demokratische und revolutionistische Element im russischen Staatskörper. Es war so stark, daß die zaristische Regierung ihm Konzessionen machen mußte, und gleichzeitig durchaus national-bodenständig, den Bedürfnissen und Entwicklungsmöglichkeiten des russischen Landvolkes angepaßt. Natürlich brauchte diese Entwicklung Zeit, aber das ist der

verhängnisvollste Fehler der Bolschewisten

gewesen, daß sie aus marxistischen Doktrinen heraus diese Organisationen zerschlugen und an ihre Stelle nichts besseres zu setzen wußten als einen Staatssozialismus und eine Zwangswirtschaft, die, wie überall, zur Verminderung der Produktion führte. Die Bolschewisten, blasse Theoretiker, übergaben zunächst das gesamte Land den „Aermsten der Armen", den fast besitzlosen Bauern, die dadurch Besitzer wurden und somit dem Bolschewismus verloren gingen. Die Bolschewisten in den Städten stützten sich durchaus auf die Industriearbeiterschaft, also einen Bruchteil des russischen Volkes. Lenin hatte geglaubt, durch das Rätesystem wäre es möglich, zunächst eine Form der Naturalwirtschaft einzuführen als Vorstufe des sozialistischen Zwangsstaates. Im Jahre 1918 sagte er im Februar in einer Sitzung der Arbeitersektion des Petersburger Sowjets, die ökonomische Not Rußlands führe zur Naturalwirtschaft. Einen konkreten Plan der Organisation des ökonomischen Leben, meinte Lenin, gibt es nicht und kann es nicht geben. Hier liegt die Wurzel der Zersetzung. Der russische Bauer hatte für sich die Produkte seines Bodens, der russische Fabrikarbeiter hatte nichts als Sowjetrubel und die Sowjetregierung konnte den Bauern nicht zwingen, soviel Getreide und Kartoffeln anzubauen und soviel Vieh zu züchten und den Ueberschuß den Sowjetbehörden zu überlassen, damit in den Hauptstädten der Sowjets die Arbeiterschaft ihre Rationen nach deutschem Vorbild von der Sowjetregierung erhielt und ihrerseits dafür wieder Waren herstellte, die die Sowjets im Austausch gegen Agrarprodukte den Bauern zur Verfügung stellten. Die Naturalwirtschaft war undurchführbar. Der Bauer war in dieser Wirtschaftsform die stärkere Partei, aber er blieb bedroht von den Zwangsrequisitionen der Sowjetbehörden und schränkte deshalb den Anbau so sehr ein, daß er lediglich für den eigenen Bedarf anbaute. Die städtische Bevölkerung, deren Rationen immer geringer wurden, tauschte alle möglichen und unmöglichen Sachgüter gegen Lebensmittel ein, aber schließlich hatte die Stadtbevölkerung nichts mehr zu tauschen und die ständig sich verringernde Anbaufläche genügte nicht mehr, um auch nur notdürftig den Hunger der Massen zu stillen. Als die Bolschewisten endlich den sozialistischen Zwangsstaat abbauten und den freien Handel zuließen, war es zu spät. Die Zerrüttung des Transportnetzes, die Mißernte auf den spärlich angebauten Aeckern hat zu der Katastrophe geführt, die, wie sogar das deutsche Kommunistenorgan jetzt glaubt, den Bestand der Sowjetmacht gefährdet.

Lenin

hatte gesagt, es sei unmöglich, ein konkrete Organisationsform aufzustellen. Man hatte immer gepredigt, bei einem Siege der Sozialisten würde die sozialistische Wirtschaftsform, unterstützt durch die Macht- und Zwangsmittel eines Staates, in dem die Diktatur des Proletariats den Ausschlag gibt, sich sehr schnell durchführen und tatsächlich haben die Bolschewisten entgegen dem Zweifelworte Lenins auch alles versucht, um nach marxistischen Maximen Rußland umzubauen. Sie haben sozialisiert, sie haben die Produktion reglementiert, sie haben die Verteilung der Güter dem Staate überlassen und sie sind gescheitert. Es ist belanglos, ob auf der dritten Internationale jetzt die deutschen Kommunisten mit Waffengewalt an die Luft gesetzt werden oder die bolschewistischen Machthaber versuchen, durch papierne Konzessionen Auslandsware für die Massen der Bauern zu erhalten. Es ist ebenso unwichtig, ob die bolschewistische Regierung ihren Schrei nach Medikamenten erfüllt sieht

Wichtig bleibt: auf dem russischen Acker wächst kein Korn mehr unter der russischen Zwangsherrschaft. Unter dem sozialistisch-radikalen System des Bolschewismus sind die Formen und Wurzeln aller produktiven Zweige der russischen Volkswirtschaft derart zerstört, daß keine Macht der Welt Hilfe zu bringen vermag und kein Aufheben der alten Sünden Erleichterung verschafft. Die Katastrophe, die der konsequente Sozialismus in ökonomischer Beziehung über Rußland hinaufführte, nähert sich dem letzten Akt. Diese Tragödie kostet Millionen das Leben. Sie hat demonstriert, daß der Sozialismus als Wirtschaftsform vollkommen undurchführbar ist. Das russische Volk aber hat dieses Experiment mit seinem Leben bezahlen müssen.

Das Kabinett Wirth.

Reichskanzler Dr. Wirth hat es für notwendig befunden, den halbamtlichen Dementierapparat in Bewegung zu setzen und feststellen zu lassen, daß die „neuerdings auftretenden Gerüchte, wonach das Reichskabinett zum Rücktritt entschlossen" sei, unzutreffend seien. Das war ein recht unnötiges Beginnen der Herren Wirth und Genossen, ja noch mehr, man muß den geradezu erstaunlichen Optimismus in der jetzigen politischen Lage bewundern. Das mit der Ultimatums-Unterschrift belastete Reichskabinett fristet doch nur sein Dasein, so lange es der Entente beliebt. Zeigt es sich, daß das ungeheuerliche Opfer der Ultimatums-Unterschrift gebracht worden ist, ohne die Gegenleistung der Erhaltung Oberschlesiens als Einheit beim Deutschen Reiche, ohne die Gegenleistung des baldigen Abbaues der „Sanktionen" am Rhein, so ist das Kabinett Wirth glatterledigt. Es würde kaum wagen können, sich dann überhaupt noch im Reichstage zu zeigen. Diese beiden Fragen, Oberschlesien, wie der Abbau, oder die weiterwährende wirtschaftliche Abdrosselung unserer Industrie am Rhein, drängen zur Entscheidung, jede Stunde kann diese Entscheidung bringen. Es muß dem „Optimismus" der Herren Wirth und Genossen vorbehalten bleiben, aus der gegenwärtigen politischen Lage den Schluß zu ziehen, die oberschlesische, wie die Rheinland-Entscheidung seitens der Entente werde so ausfallen, daß diesem Kabinett ein weiterer Bestand beschieden sein könnte. Die Gruppe Wirth wird wohl mit dieser Ansicht so ziemlich allein dastehen. Schon lassen sich in ganz klaren Umrissen die Linien erkennen, die den glatten Mißerfolg des Kabinetts Wirth vor aller Welt nicht nur dartun, sondern auch in der schärfsten Weise brandmarken.

Wer politisch kundigen Blickes das Gebahren der sogenannten Regierungsparteien in diesen Tagen verfolgt, der wird finden, daß man schon Vorkehrungen trifft, sich auf eine Umstellung der Lage einzurichten. Der unerhörten Gewaltpolitik sowohl am Rhein, wie in Oberschlesien weiß die demokratische Presse aller Schattierungen nichts weiter entgegenzusetzen, als ein fortgesetztes Kampfgeschrei gegen „das kriegswütige Wüten" der „Reaktion". Die im besetzten Gebiet erscheinende „Frankfurter Ztg." (Nr. 532 vom 20. Juli) stimmt unter den Augen der Entente bewegliche Klagen an über die falsche, aufputschende Berichterstattung der „reaktionären" Presse bezüglich der „schwarzen Schmach". Und der sattsam bekannte „Dortmunder Generalanzeiger" (Nr. 196 vom 21. Juli) weiß in einem Artikel „Vom doppelten Gesicht der Dinge" unter den augenblicklichen Zeitverhältnissen nichts Nützlicheres zu tun, als den deutschen „Junkern" ihre ehemalige angebliche Siegerlaune im Baltenland, in Belgien und in Polen vorzuhalten. Wir sind weit entfernt, einem gewissen „Ueberpatriotismus", der uns ohne Zweifel mit in das Unglück gestürzt hat, das Wort zu reden, ja wir wollen auch gar nicht verkennen, daß leider auch noch zur Stunde hin und wieder dieser unverbesserliche Ueberpatriotismus es versucht, sich zum Schaden des Allgemeinganzen in den Vordergrund zu drängen. Die elementare Wucht der Ereignisse hat indessen diese Art „Ueberpolitiker" derart Lügen gestraft, daß es sich in der augenblicklichen Lage höchst sonderbar ausnimmt, dem Feinde, der uns in der unerhörtesten Weise Gewalt antut, diese Sachen vor die Nase zu setzen, ganz abgesehen von dem in weitesten Kreisen verankerten nicht unberechtigten Standpunkt, daß gerade diese Art Demokratenblätter die letzten wären, den Sittenrichter über das deutsche Volk in seinem Unglück zu spielen. Die „Frankfurter Ztg." gefällt sich doch sonst immer so sehr in dem Mäntelchen, als ob sie die Kunst der Diplomatie viel besser verstünde, als die, die bisher berufen waren, sie auszuüben. Muß aber bei Abfassung derartiger Artikel in diesen Stunden der Frankfurterin nicht die Einsicht kommen, daß solche Anwürfe direkt denunziatorisch und aufmunternd zu neuen Gewalttaten unserer Feinde wirken und wirken müssen! Den „Dortmunder Generalanzeiger" in dieser Ideenfolge zu nennen, hieße diesem politisch nicht ernst zu nehmenden Skandalblatt zu viel Ehre antun. Er sei hier nur ausnahmsweise einmal als Beispiel für das gefährliche Treiben einer gewissen demokratischen Presse mit Namen genannt.

Indessen wir glauben, dieses sonderbare Treiben der demokratischen Presse gegen die sogenannte „Reaktion" ist vielmehr eingestellt auf die vorsichtige Vorsorge für die bevorstehende Versenkung des Kabinettes Wirth bei Zeiten die nötigen Verschleierungspillen zu schaffen.

Darauf weist auch die Ausschlachtung des sogenannten Stresemann'schen Notenwechsels mit der englischen Regierung in der demokratischen und sozialdemokratischen Presse hin. Man ist schon jetzt eifrig beflissen, in diesen unentwegten demokratischen Lagern einem eventuellen Eintritt der „Deutschen Volkspartei" in die Regierung vorzubauen. Die „Deutsche Volkspartei" als die Partei des wiederaufbauenden Bürgertums und der staatserhaltend denkenden Arbeiter, hat gar keine Veranlassung, ihr Verdienst unter den Scheffel zu stellen, an der Unterschrift unter dieses Ultimatum der Erdrosselung und Ausbeutung nicht beteiligt zu sein. Auch der von der sozialdemokr. Presse jetzt mit besonderer Liebe breitgetretene „Notenwechsel" Stresemanns mit der englischen Regierung ist nur ein Beweis von der größeren Vorsicht und von dem größeren Verantwortlichkeitsgefühl der Deutschen Volkspartei gegenüber Wirth und Genossen.

Mag Reichskanzler Dr. Wirth noch so sehr in Optimismus für sein Kabinett machen, die Regierungsparteien, die es bilden, haben es unter dem Druck der Ereignisse bereits so gut wie aufgegeben. Das Opfer der Unterschrift unter das Erdrosselungsultimatum scheint mit erdrückender Wahrscheinlichkeit umsonst gebracht worden zu sein. Die Deutsche Volkspartei hat aber Veranlassung, stolz darauf zu sein, fern von diesem Tun der Wirth und Genossen zu stehen. R—r.

Petroleum oder Oberschlesien!

Das Luxemburger „Echo de l'Industrie" macht einige bemerkenswerte Mitteilungen über ein polnisch-französisches Petroleumabkommen, dessen politische Wirkungen deutlich gemg sind. Es handelt sich dabei um den Besitz französischer Konzessionen auf den galizischen Petroleumfeldern. Die Pariser Verwaltung der „Omnium des Gaz et Petroles-Gesellschaft" sicherte sich für ihr Vorgehen die Beihilfe der französischen Regierung. Das genannte Blatt sagt:

Dank der drängenden Demarchen des Pariser Auswärtigen Amtes willigte Polen, das Frankreich dreihundert Millionen Goldfranks schuldet, im Prinzip darin ein, eine Teilhaberschaft des französischen Staates bei den Konzessionen in Ausdurch die Verwaltungsräte Czulowski und Spillaert sicht zu nehmen. Die in Paris mit den Behörden des „Credit General des Petroles" und der „Omnium des Gaz et Petroles" geführten Verhandlungen ergaben ein befriedigendes Resultat. Dank ihrem Bemühen wurde das Inkrafttreten der polnisch-französischen Konventionen von dem Abschluß des Petroleumabkommens abhängig gemacht. Dieses Abkommen wurde im Mai 1921 in Warschau unterzeichnet, aber es wird erst nach der Regelung der oberschlesischen Frage ratifiziert werden.

Mit anderen Worten: zuerst müssen die Franzosen dafür sorgen, daß Polen Oberschlesien erhält, dann bekommen die französischen Drahtzieher die gewinnbringenden Petroleumfelder in Galizien. Es wird also hier einer der tristigen „uneigennützigen" Gründe bloßgelegt, die das Verhalten Frankreichs in der oberschlesischen Frage erklären.

Nochmals die Explosion auf der Zeche Mont Cenis.

TU. Herne, 21. Juli. Betreffs der Kohlenstaubexplosion auf Zeche „Mont Cenis" bestätigten Zeugenaussagen, daß die Explosion begann, als im Querschlag von „Gretchen" nach Norden geschossen wurde. Bei den Aufräumungsarbeiten wurde festgestellt, daß zwei mit Dynamit besetzte Bohrlöcher von je einem Meter Länge in Kohle standen. In einem derselben blieb eine Pfeife stehen, in der in Gegenwart von Vertretern der Bergbehörde und Betriebsführer Dynamitpatronen festgestellt wurden.

Kleine Nachrichten.

bb. **Berlin**, 21. Juli. In der von den Kommunisten beherrschten Stadt Suhl i. Th. wurde im Stadtpark unter Mitwirkung zahlreicher kommunistischer Arbeiter und Gesangvereine ein Denkmal für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht eingeweiht.

D. **Königsberg**, 20. Juli. Versteckte „Pflugzeuge". Eine Ententekommission bereiste kürzlich Ostpreußen, um nach verborgen gehaltenen Flugzeugen zu suchen. Bei dieser Gelegenheit kamen sie auch auf ein Gut im südlichen Ostpreußen, wo „ganz bestimmt" Flugzeuge sein sollten. Dies wurde von dem Verwalter des Gutes nicht in Abrede gestellt. Nun ging die Suche los, drei volle Stunden in Haus und Hof und schließlich auf der ausgedehnten Feldmark. Schließlich blieben die Ententemänner vor einigen Dampfpflügen stehen, auf die der Gutsverwalter mit dem Bemerken hinwies, dies seien die „Pflugzeuge" des Gutes. — Die langen Gesichter!

TU. **Budapest**, 20. Juli. 50 Personen beim Baden in der Donau ertrunken. Gestern wurden in der Umgebung von Budapest 50 Leichen (nach Rückfrage stimmt diese Ziffer) aus der Donau gefischt. Es handelt sich um Leute, welche in der Donau gebadet hatten und dabei ertrunken waren.

TU. **London**, 21. Juli. Nachdem den ganzen Tag über Heeres- und Marineflugzeuge den ehemaligen deutschen Kreuzer „Frankfurt" mit Bomben beworfen hatten, ist es durch Zufall gelungen, das Schiff zu vernichten. Eine 600 Pfund schwere Bombe explodierte in der Nähe des Schiffes im Wasser, wodurch das Schiff zum Kentern gebracht wurde. Im ganzen wurde die „Frankfurt" 11 Mal getroffen.

D **Kopenhagen**, 21. Juli. Der neue dänische Innenminister. Dr. Olaf Kragh, Rektor der hauptstädtischen Universität und Mitglied der linksliberalen Partei im Landsthing, ist zum Minister des Innern ernannt worden, als Nachfolger des verstorbenen Sigurd Berg. Dr. Kragh trat sein Amt an, nachdem seine Ernennung durch den Prinzen Harald, auf Grund einer telegraphischen Anordnung des Königs, anerkannt war.

Soziales Leben.

Die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenräte der Schwer-, Hütten- und Maschinen-Industrie

von Bochum, Gelsenkirchen, Witten, Hattingen und Herne war am Mittwoch, den 20. d. M. in Bochum zu einer äußerst stark besuchten Versammlung zusammengekommen. Nach der Aussprache wurden zwei Resolutionen gefaßt. Die erste wurde an die Spitzenorganisationen gerichtet mit der Aufforderung, dem Verlangen der Angestellten, in sofortige Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen Gehaltserhöhung einzutreten, nachzukommen. Die zweite Resolution, die an die hiesige Arbeitsgemeinschaft der Hütten- und Maschinenindustrie gerichtet wurde, hat folgenden Inhalt:

„Die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenräte der Schwer-, Hütten- und Maschinenindustrie von Bochum, Gelsenkirchen, Witten, Hattingen und Herne sieht in der gegenwärtigen Entlohnung der Angestellten keine Möglichkeit, der Verteuerung der Lebenshaltung standhalten zu können. Die Klagen der Angestellten mehren sich in der letzten Zeit derartig, daß es den Angestellten durch Gehaltserhöhungen unbedingt ermöglicht werden muß, der ständig wachsenden Verschuldung wirksam entgegenzutreten. Mit großer Sorge sehen sie der kommenden weiteren Verteuerung entgegen und erwarten von den Arbeitgebern, daß sie unverzüglich auch in der hiesigen Arbeitsgemeinschaft der Hütten- und Maschinenindustrie zu Verhandlungen schreiten, um die Not zu lindern. Die Spitzenverbände sind gleichfalls zu diesen Verhandlungen in der nordwestlichen Gruppe aufgefordert."

Das neue Gesetz für die Angestellten-Versicherung

enthält folgende Bestimmungen:

1. Mit Rückwirkung vom 1. Januar 1921 ab werden ohne besonderen Antrag auf laufende Ruhegelder 70 Mk. monatlich, auf Witwen- oder Witwer-Renten monatlich 55 Mk., auf Waisen-Renten monatlich 30 Mk. gewährt. Sie werden auch in Fällen des § 390 voll gezahlt.

2. Die Versicherungsgrenze wird ab 1. August d. J. auf 30 000 Mk. erhöht.

3. Die alten Beitragsklassen bleiben bestehen. Es werden folgende Beitragsklassen und Beitragssätze neu aufgesetzt:

Klasse K mehr als 5000 bis 10 000 = 33,20 Mk.,
Klasse L mehr als 10 000 bis 15 000 = 40,— Mk.,
Klasse M mehr als 15 000 = 48,— Mk.

4. Die Einschränkungen für das Frauenwahlrecht (§ 131 Abs. 3 und in § 161 Abs. 1 die Worte „jedoch sind nur Männer wählbar") sind gestrichen.

5. Für Neuversicherte finden die Bestimmungen der §§ 886, 895, 898 R. V. A. entsprechend Anwendung.

Eine Befreiung von der eigenen Beitragsleistung auf Grund der Lebensversicherung ist nicht vorgesehen, ebenso wenig die Erhaltung der Anwartschaft ohne Beitragszahlung für solche Angestellten, die vorübergehend, infolge Ueberschreitung der Gehaltsgrenze aus der Versicherungspflicht ausgeschieden waren.

Aus den Provinzen.

a. **Dortmund**, 21. Juli. Rachitis. Aerztlicherseits ist festgestellt worden, daß hier in Dortmund 4000—5000 Kinder im Alter von 2—6 Jahren schwer rachitisch sind. Die Stadt hat eine Besitzung für 800 000 Mk. angekauft, um darin eine Heilstätte für diese kranken Kinder zu errichten. In dieser Heilstätte sollen Kinder abwechselnd einer achtwöchigen Kur unterzogen werden. Zu den 500 000 Mk. betragenden jährlichen Kosten steuern die Stadt ein Fünftel, die Eltern zwei Fünftel bei, und die übrigen zwei Fünftel werden durch anderweitige Beiträge aufgebracht.

nb. **Dortmund**, 21. Juli. Der Bulle in der Druckerei. Ein Bulle, der sich auf dem Schlachthof losgerissen hatte, raste durch mehrere Straßen, kam schließlich in das Druckereigebäude Gebrüder Gilleßen, Münster Straße, und kletterte in dem Gebäude die Treppen bis zum zweiten Stockwerk hinauf. Mehrere Männer holten das Tier wieder herunter und brachten es mit verbundenen Augen nach dem Schlachthof. Glücklicher Weise sind nennenswerte Sachschäden und Unglücksfälle nicht entstanden.

nb. **Kirchhellen**, 21. Juli. Neuer Amtmann. Anstelle des kürzlich verstorbenen Amtmanns Dr. Brügger ist vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen der Amtmann Apfelstädt von Meitingen mit der kommissarischen Verwaltung des Amtes Kirchhellen betraut worden. Der Vater des neuen Amtmanns ist bereits früher in Kirchhellen als Amtmann tätig gewesen.

nb. **Westerholt**, 21. Juli. Die Gemeindevertretung bewilligte in ihrer letzten Sitzung zur Förderung des Wohnungsbaus eine Million Mark. In diese Summe sind bereits einbegriffen die im Etat für Wohnungsbauten vorgesehenen 174 200 Mk. Zu dem Punkte „Anstellung eines Gemeindegasthausverwalters" gab der Vorsitzende, Amtmann Bender, bekannt, daß sich für den Posten 92 Bewerber, darunter 21 allein aus Westerholt, gemeldet hatten. Das Zentrum stellte als Kandidaten den bisherigen Verwalter Schürhoff auf. Die Sozialdemokraten, die den Zentrumskandidaten zwei Jahre lang bekämpft hatten, brachten ihrerseits das Mitglied der Gemeindevertretung, Bergmann Heinr. Grümer, in Vorschlag. Bei der Abstimmung wurden für jeden Kandidaten je 8 Stimmen abgegeben. Der Vorsitzende entschied sich für Grümer, der somit gewählt ist.

nb. **Lüdinghausen**, 21. Juli. Jagdpreise heute und früher. Bei der Verpachtung der beiden städtischen Jagdbezirke, die unter Beteiligung von vielen hiesigen und auswärtigen Jagdliebhabern stattfand, wurden folgende Preise erzielt: Für den Jagdbezirk I (160 Hektar) 4600 Mk., für den Jagdbezirk II (269 Hektar) 5200 Mk. Höchstbietende waren der Kaufmann Siegmund Cobas aus Erkenschwick bei Recklinghausen und der Land- und Gastwirt Flögel aus Suderwich bei Recklinghausen.

nb. **Münster**, 21. Juli. Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins. Der Westfälische Bauernverein hielt im Fürstenhof unter der Leitung seines Vorsitzenden, Freiherrn v. Kerckering zur Borg seine diesjährige Generalversammlung ab, an der auch eine Anzahl Ehrengäste teilnahm. Nach der Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende eine Rede, der er die wirtschaftlichen und politischen Prinzipien zugrunde legte. Aus dem Tätigkeitsbericht ging hervor, daß der Verein zur Zeit rund 46 500 Mitglieder zählt. Durch die Abzweigung des Emsländischen Bauernvereins war die Mitgliederzahl von 49 000 auf 43 000 heruntergegangen. Der Geschäftsführer beim Westfälischen Bauernverein, Herr Dietz, hielt darauf einen Vortrag über „Die steuerliche Belastung des ländlichen Grundbesitzes" und der bayerische Landtagsabgeordnete Professor Dr. Schlittenbauer-München über „Die Voraussetzungen der wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands". Entsprechende Entschließungen wurden angenommen.

a. **Aus dem Möhnetal**, 21. Juli. Wassermangel. Infolge der wochenlangen Trockenheit zeigt sich in hiesiger Gegend ein erheblicher Wassermangel. In vielen Orten ist man gezwungen, das Wasser in großen Fässern mit Wagen aus der Möhne zu holen, um so wenigstens den Bedarf für das Vieh zu decken. Der Inhalt der Talsperre nimmt immer mehr ab; er beträgt zurzeit 69 Millionen Kubikmeter gegen 100 Millionen im Vorjahre. Infolge des niedrigen Wasserstandes des Staubeckens wird nur wenig Wasser abgegeben, was nicht ohne Einwirkung auf die Wasserversorgung des Industriegebiets ist.

a. **Soest**, 21. Juli. Postautomobilverbindung. Die Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung die von der Postverwaltung beanspruchte Garantiesumme für die Personenpost-Automobilverbindung Soest-Körbecke-Arnsberg bewilligt; für den Bau einer Halle für die Unterbringung der Personenkraftwagen sind 9000 Mk. bereitgestellt worden. Auf den Kreis Soest entfällt eine Garantiesumme von 50 000 Mk. und auf den Kreis Arnsberg entfallen 25 000 Mk. Der Betrieb wird bestimmt am 1. August eröffnet.

ab. **Duisburg**, 21. Juli. Furchtbare Tragödie. Eine junge Dame aus Oberhausen, Schülerin des hiesigen Konservatoriums, hatte sich der Prüfung als Pianistin vor der staatlichen Prüfungskommission unterzogen, die sie auch glänzend bestand. Sie wollte nun ihrem Vater das Ergebnis telephonisch mitteilen, erhielt aber erst nach drei Stunden den gewünschten Anschluß. Inzwischen nahm sich der Vater, ein 71 Jahre alter Herr, als er lange von seiner Tochter nichts hörte und annahm, daß diese die Prüfung nicht bestanden habe, das Leben, indem er sich vor einen in voller Fahrt befindlichen Eisenbahnzug warf und auf der Stelle getötet wurde. Eine halbe Stunde nach seinem Tode kam die Nachricht von der Tochter, daß diese ihr Examen bestanden habe.

nb. **Duisburg**, 21. Juli. Die Fleischvergiftungen in Duisburg. Die Zahl der nach dem Genuß von Pferdefleisch an Paratyphus erkrankten Personen beträgt bis jetzt 130, die Zahl der Sterbefälle vier. Die bakteriologische Untersuchung der Fleischproben ergab, daß das im Laden eines Metzgers vorhanden gewesene und später nach dem Kühlhaus geschaffte Fleisch mit Paratyphus-Bazillen infiziert war. Ebenso wurden bei dem Dienstmädchen des Metzgers Paratyphus-Bazillen festgestellt. Dieses scheint auch, der Ortspreise zufolge, der Ausgangspunkt der Epidemie zu sein.

Kunst und Wissen.

zt. **Dortmunder Kunstleben.** Das Stadttheater schloß seine aufwärts weisende Spielzeit zu Beginn des Julimonats mit einer sorgfältig vorbereiteten Erstaufführung der Wolffschen Oper „Der Corregidor" unter Ewald Lindemanns Leitung. Wir bedauern den Weggang dieses jungen, begabten und fleißigen Künstlers an das Koburger Landestheater außerordentlich. Unter den letzten Parsifalaufführungen verdient noch die besonders erwähnt zu werden, welche dem durch lange schwere Krankheit am Auftreten verhinderten Heldentenor Walter Günther-Braun nach seiner Gesundung erstmalig wieder Gelegenheit gab, in der Titelpartie sein eindrucksvolles Gestalten und heroisch-lyrisches Tönen zu beweisen. Während der letzten literarischen Morgenfeier im Stadttheater war Dr. Joh. Maurach ein gehaltvoller Vortrag über Ibsens Lyrik zu danken.

Kurze Nachrichten. Die unter dem Protektorat des Fürsten zu Fürstenberg und dem Vorsitz von Rich. Strauß am 31. Juli und 1. August stattfindenden Kammermusik-Aufführungen in Donaueschingen sollen der Förderung zeitgenössischer Tonkunst dienen. — Das Hamburger Stadttheater wird in nächster Zeit aus feuerpolizeilichen Gründen umgebaut. Es handelt sich dabei lediglich um Veränderungen an der im Jahre 1827 aus Holz hergestellten Bühne. Die Kosten der neuen Einrichtung des Bühnenhauses werden auf 12 Millionen Mark veranschlagt. — Am 2. Oktober gelangt gelegentlich des vom 27. September bis 3. Oktober stattfindenden Karlsruher Musikfestes im „Badischen Landestheater" die vom zwölfjährigen

---

Meerkatz.

Roman von Fedor von Zobeltitz.

39) (Nachdruck verboten.)

Die Sanzer hatte bereits von ihrem Kommen gehört und erwartete sie.

„Ui je, Atichen, wo bleiben Sie man?" fragte sie. „Das ganze Essen verschmurgelt. Kann ich anrichten?"

„Nein, Nunni — ich bin unfähig, einen Bissen zu essen. Mach mir ein heißes Bad, dann will ich ein Stündchen schlafen —"

Das Bad tat ihr wohl, aber an Schlafen war nicht zu denken. Sie hatte sich zu Bett gelegt und das Zimmer verdunkeln lassen. Eine Art Muskelfieber hatte sie ergriffen; bei jeder Lageveränderung schmerzten ihr die Glieder. Das schien ihr merkwürdig. Sie war gut trainiert; sie trieb allerlei Sport und kannte sonst keinen schmerzhaften Ermüdungszustand. Aber vielleicht hatte der stundenlange Ritt sie doch überanstrengt, denn sie fühlte auch, daß ihre Nerven in Aufruhr waren; es war keine Ermüdung in rein körperlichem Sinne, sondern mehr ein psychophysischer Parallelismus, der ihre ganze Natur beeinflußte.

Sie hatte die Augen geschlossen und den Kopf in die Kissen gebohrt. Es hämmerte in ihren Schläfen, sie spürte das Pochen der Pulse und glaubte den heftigen Schlag des Herzens zu vernehmen. Dabei war sie geistig ganz munter und hatte keineswegs das Gefühl des Krankseins. Nur die Gedankenflucht störte sie; eine unaufhörliche Bilderreihe wirbelte durch ihr Hirn: ganz fern liegende Erinnerungen, die ihr gleichgültig geworden waren, mischten sich mit Unverlierbarem aus der letzten Zeit. Es war ein quirlendes Durcheinander, als hätte ihre Psyche eine starke Erschütterung erlitten.

Sie öffnete die Augen und ließ den Blick durch das traulich Zimmer schweifen, an dessen blankpolierter Holztäfelung ein paar gelbe Fleckchen zitterten, die ein durch den Fenstervorhang sich stehlender Sonnenstrahl an die Wand zeichnete. Und dabei überkam sie ein Empfinden großer Behaglichkeit, daß sie sich auch hier in der Fremde ein eigenes Heim geschaffen hatte. Freilich, es sollte ja keine Fremde sein; Preysingkshof sollte ihr das Vaterhaus ersetzen, und wenn sie ihr Herz fragte, mußte sie sich unumwunden zugestehen, daß Preysingk ihr in seiner derben Güte noch keinen Augenblick Veranlassung gegeben hatte, sich fröstig zu fühlen. Tante Te war ihr anfangs mit einer gewissen Zurückhaltung entgegengetreten; aber auch sie war letzthin wärmer und freundlicher geworden und schien sich mit dem Adoptivonsverhältnis ausgesöhnt zu haben. Und doch war Anita sich klar darüber, daß ihr die beiden von vornherein nur Mittel zum Zweck gewesen waren und daß sie sich ihnen mit einer inneren Feindseligkeit genähert hatte: mit dem Gefühl, lediglich einer selbstgeschaffenen Notwendigkeit nachzugeben.

Daß sie damit eine Ungerechtigkeit beging, hatte sie erst in den letzten Tagen empfunden. Und dieses Empfinden durchkreuzte ihr festes Zielbewußtsein und die Gleichmäßigkeit ihrer Lebensstimmung, die sie sich glaubte geschaffen zu haben. Sie hatte mit Falkenstein ja auch offen darüber gesprochen: dem einzigen, mit dem sie sich auf ihren einsamen Ritten dann und wann aussprach, weil schon sein Schicksal als Entgleister ihrer ethischen Skepsis sympathisch war. Etwas Neuerwachtes beschäftigte sie: die Frage, ob das verdüsternde Unglück ihrer Kindheit nicht in der Tat die Gegensätze in ihr verstärkt habe. Der endgültige Abschluß dieser quälerischen Kindheit mit ihrer tragischen Affenkomödie, die in dem Spottnamen „Meerkatz" zu einem Symbol geworden war, sollte ihre Hochzeit mit Brokhusen sein. Das war ein unerwarteter Höhenflug: weniger ein Streicheln ihrer Eitelkeit als ein zähes und doch auch anhaltendes Glücksgefühl, mit allen Wurzeln aus einer Entwicklungsphase herausgerissen zu werden, die sie überr die Maßen widrig empfand. Sie wußte ganz genau, daß sie den Mann nicht liebte, sie wußte aber auch, daß sie überhaupt keinen Menschen liebte. Darüber machte sie sich keine schwermütigen Gedanken, verlor sich auch nicht in philosophische Theoreme, warum ihr das Dunkle und Triebhafte der Regungen verwehrt worden war, das ein erwachendes Mädchenherz sonst in allen Tiefen aufzurühren vermag. Es genügte ihr, daß sie sich sagte: „Entweder ich habe kein Herz — oder ich bekomme erst eins." Es genügte ihr auch, daß sie Gräfin Brokhusen werden sollte: daß in diesem Moment das greuliche Meerkatzbild bis auf die letzten Umrisse verschwinden würde. Und da ganz und gar nichts von bewußter Sinnlichkeit in ihr lebte, so war es klar, daß sie eine ausgezeichnete Gattin — und ihren Kindern sicher auch eine vortreffliche Mutter sein würde.

Denn auch daran dachte sie zuweilen und versuchte diese Gedanken jenseits von allen Gefühlsabirrungen in kühle Logik zu bringen. Aber das gelang ihr nicht. Es war immer ein vages Verwundern dabei und ein heimliches Zweifeln. Es kam zu einer Verwicklung der Vernunft, die ihr schließlich albern erschien.

Brokhusen schrieb ihr dreimal in der Woche: stets an bestimmten Tagen. Und immer schrieb er in natürlich liebevollem Tone, plauderte von der Zukunft, von seiner Hoffnung, bald den diplomatischen Dienst quittieren und dann in friedlicher Zurückgezogenheit an ihrer Seite ein glückliches Leben führen zu können. Er hatte sie sehr lieb, daran war nicht zu zweifeln — und dieses Bewußtsein hatte sie eine Zeitlang mit Unruhe erfüllt. Was liebte er an ihr? Sie war häßlich, sie fühlte sich selbst verkümmert, sie mußte erst den Namen wechseln, um Standesrücksichten zu überbrücken, die sonst nicht zu übergehen waren — auch ihr Geld konnte ihn nicht locken, denn er war selber reich. Sie sagte sich, daß sie doch unmöglich einen Reiz auf den Mann ausüben könne. Im Metaphysischen fand sie sich nicht zurecht, und das Bereich der Sinnenwelt mit ihren purpurnen Tiefen war ihr fremd. Aber unwillkürlich ängstigte sie sich, daß Brokhusen sich in einer Gefühlsverirrung befinden könnte, und erst sein ruhiges Gleichmaß und das unverminderte Festhalten seiner Neigung beruhigte sie ein wenig. Dazwischen schoben sich freilich neue Gedankengänge: ein Zweifel an ihrem Selbstischen und an der Richtigkeit ihres Urteils, eine mildere Auffassung aller Störungen in ihrem jungen Leben, die Ahnung, daß die Bitterkeit über die Leiden ihrer Kindheit ihr Wollen, Meinen und Mögen in falsche Bahnen gelenkt habe. Es war eine größere Weichheit in ihre Anschauungswelt getreten, die ihr vieles problematisch erscheinen ließ, was ihr bisher eine feste Sicherheit des Handelns gegeben hatte. —

Die Augen waren ihr von selbst wieder zugefallen. Die Erregtheit der Nerven wich allmählich, eine sanfte und wohlige Mattigkeit beschlich sie. Und während sie sich behaglich streckte, glichen träumerische und abgebrochene Gedanken noch einmal zu Brokhusen zurück, und sie empfand zum erstenmal, wie köstlich es doch sei, eine liebevolle und schützende Hand über sich zu wissen. Schon in halbem Schlummer lächelte sie noch einmal wie erfreut und verwundert: sie hatte plötzlich Herrn Falkenstein gesehen, der ihr zunickte, als gebe er gleichsam seine Bestätigung zu dem, was sie dachte. —

Nach vierstündigem, festem Schlaf weckte sie die elektrische Klingel am Telephon. Es schwirrte und bimmelte ununterbrochen. Sie fuhr im Bett in die Höhe. „Nunni!" rief sie, „Nun—ni!"

Die Sanzer klapperte schon an der Tür.

„Jaja — ich lauf' schon! Das ist die Rasmussen, Atichen — manchmal klingelt sie an und fragt, ob ein Karpfen geschuppt werden muß, bevor man ihn kocht, und manchmal, ob ich wüßte, wie eine Hamburger Aalsuppe gemacht würde. Fragt aber bloß, mich zu ärgern. Das ist ein Neidkopp, Atichen, und ein gewöhnlicher Trieselkopp. Die hat's so dick hinter den Ohren, als ob sie aus einer Fettschwemme käme —"

„Nunni, so geh doch ans Telephon. Die Klingelei ist ja nicht mehr anzuhören!"

„Das ist die Rasmussen, Atichen, so gewiß ich lebe. Ich werde sagen, das gnädige Fräulein verbäte sich ihre Telephoniererei. Das dürften bloß die Herrschaften unter sich. Ich werde mal grob werden. So 'n Küchenkopp — so 'ne dumme Person — —"

Sie raunzte weiter, während sie schon im Eßzimmer war, wo der Apparat hing. Nun schwieg die Klingel, und Anita hörte die Sanzer sprechen.

„Jawohl, Herr Baron — Die liegt im Bette — nee, nicht krank, bloß müde — — Jawohl, Herr Baron —"

Und dann erschien sie wieder in der Schlafzimmertür.

„Der Herr Baron möchte das gnädige Fräulein gern einmal selbst sprechen," sagte sie.

Mozart im Auftrag Kaiser Josephs II. komponierte, bis heute fast unbekannt gebliebene Oper „Die verstellte Einfalt" zur Uraufführung. — Zum Direktor des Stettiner Stadttheaters wurde Otto Ockert (Münster) auf drei Jahre gewählt. — In der Londoner „Galerie für moderne Kunst" ist augenblicklich eine Ausstellung von Holzschnitten und Radierungen österreichischer Künstler zu sehen. Die englische Kritik lobt die feinen Wirkungen der Werke und führt ihren Reiz auf die Technik der Oesterreicher zurück, die die Farben mit den Fingern (ohne Vermittlung der Gummiwalze) auf den Holzschnitt bringen. Besonders günstige Urteile finden die Arbeiten von Switzner, Frank, Noske, Glaser, Hofrichter.

Handel und Industrie.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.

Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.

Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.

Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käuf.	Verk.	Name	Käuf.	Verk.
Adler	—	—	Graf Schwerin	115000	118500
Admiral	17200	18200	Heinrich	33000	—
Blankenburg	15500	16500	Helene & Amalie	130000	—
Carl Friedrich	—	—	Johann Deimelsberg	42500	44000
Caroline	—	24500	König Ludwig	200000	206000
Carolus Magnus	—	29000	Langenbrahm	51500	53500
Constantin d. Gr.	202000	215000	Lothringen Akt.	439	445
Diergardt	4250	4250	Mansfeld	4950	4975
Ewald	208000	218000	Moers	30500	31000
Fr. Vogel u. Unverh.	50000	—	Oespel	59500	—
Fröhl. Morgensonne	65000	—	Schürb. & Charlottb.	24000	24750
Glückaufsegen	27500	28700	ver. Trappe	—	16600
Gottessegen	23500	24500	Trier	34750	36000
Graf Bismarck	200000	210000	Wilhelmine Mevissen	33000	35000

Braunkohlenwerte

Bruckdorf-Nietleb.	44500	46000	Michel	55000	57000
Düren	—	—	Oscarssegen	6000	6100
Gute Hoffnung	29000	30000	Vesta	37000	40000
Leonhardt	58500	60000	Zukunft Akt.	550	560

Kaliwerte

Alexandershall	62000	63000	Hindenburg	86000	87000
Asse	31000	31500	Hüpstedt	21300	21750
Bergmannssegen	47000	48000	Johannashall	14750	15750
Burbach	70000	71000	Kaiseroda	62500	70000
Carlsfund	21000	—	Königshall	35500	36500
Carlshall	14200	14800	Marie	19900	20000
Desdemona	23000	25000	Marie-Luise	19100	22000
Einigkeit	30600	31000	Max	19500	20500
Ellers	12000	13000	Meimershausen	3500	3650
Felsenfest	21700	22000	Neurode	16800	17200
Friedrichroda	15800	14000	Neustaßfurt	87000	90000
Fürstenhall	14500	14800	Prinz Eugen	—	—
Gebra	41000	42500	Ransbach	13000	14000
Glückauf-Sondersh.	70000	71500	Rothenberg	8850	9000
Großh. Wilh. Ernst	12100	12600	Salzmünde	23750	24000
Günthershall	20500	21000	Siegfried I	19400	20000
Habighorst	11500	12500	Siegfried Giesen	26500	28000
Hansa-Silberberg	24500	26500	Thüringen	15600	15500
Heiligenroda	71000	74000	Volkenroda	34500	35000
Heimboldshausen	8850	8900	Walbeck	25500	27500
Herfa	16250	17000	Wilhelmshall	39500	41000
Heringen	21000	23500	Wintershall	316000	330000

Kali-Aktien

Adler Stamm-Akt.	330	335	Krügershall-Akt.	425	430
Hallesche Kali-Akt.	365	375	Ronneaberg-Akt.	385	390
Heldburg-Akt.	318	316	Salzdethfurt-Akt.	—	—
Justus-Akt.	255	270	Siegmundshall-Akt.	—	—

unnotierte Werte

BeckerStahlw.-Akt.	821	824	Eisenh. Westfalia	610	625
Benz alte Akt.	227	235	Halbach M.-Akt.	312	315
Benz junge Akt.	216	217	Kabelw.-Rheydt	631	634
Brückb.-Flend.-Akt.	404	405	Ludwig Gans	245	255
Deutsch. Masch.-Akt.	—	—	Lambertz & May	—	—
Dort. Ritterbrau. A.	445	460	R.-W. Elekt.-Akt	231	234
Eilterwerke-Akt.	—	—	Uerdinger Wag.-A.	515	520

Berliner Börsenkurse.

vom 21. Juli 1921.

	Div.	20. 7.	21. 7.		Div.	20. 7.	21. 7.
Com.-u. Privatb.	9	201,50	201,50	Essener Steink.	12	—,—	489,—
Darmst. Bank	8	170,—	170,—	Gelsenk. Bergw.	11	398,—	400,25
Deutsche Bank	10	300,—	304,—	Gelsenk. Gußst.	10	518,—	512,—
Disk.-Ges.-A.	9	279,75	268,—	Hamb. Paketf.	—	—,—	171,—
Dresdner Bank	9	214,—	214,—	Harp. Bergw.	12	570,—	560,—
Ess. Cred.-Anst.	9	192,—	191,25	Hasp. Eis- u. St.	20	—,—	—,—
Mitteld. Cred.-B.	9	166,50	—,—	HumboldMasch.	—	401,—	410,—
Pr. Centr.-Bod.	8½	139,25	139,—	Höchster Farben	14	340,50	328,25
Reichsbank	8,75	147,75	148,—	Hösch. Stahlw.	24	—,—	395,—
Rh.-W. Bd.-Cr.	6	118,25	118,50	Köln-Neuessen	15	334,—	330,—
Bosh. Victoria	12	485,—	486,—	Königsborn	12	—,—	—,—
Mitteld. Landsd.	12	—,—	338,—	Kupperabusch	15	560,—	555,—
Schlegel Boch.	15	—,—	—,—	Laurahütte	20	341,—	340,50
Allg. Elektr.-G.	10	310,50	312,—	Magdeb. Bergw.	25	580,—	720,—
Arenberg	15	1125,—	1125,—	Mannesmann	20	650,—	657,—
Bad. Anilin	18	404,—	404,—	Mark. Zement	25	720,—	705,—
Baleke Masch.	20	579,75	575,—	Masch.-F. Baum	—	680,—	694,—
Baroper Walz.	50	869,—	870,—	Müll. Bergw.	11	548,—	585,—
Bergm. Elekt.	12	320,—	320,—	Nordd. Loyd	—	—,—	151,75
Bismarck-Hütte	28	—,—	—,—	Oberschles. Eisenb.Bedarf	—	305,50	308,—
Boch.-Ges. Str.	9	—,—	—,—				
Boch. Gußstahl	15	522,50	521,25	Orenstein-Kopp.	16	634,75	630,—
Buderus Eisen	7½	574,—	585,—	Phönix Bergw.	20	838,—	848,—
Concordia Berg.	22	485,—	485,—	Rh. Braunkohle	20	718,—	720,—
D.-Lux. Bergw.	3	384,—	384,25	Rh. Stahlwerk.	20	578,—	588,—
Deutsche Erdöl	—	—,—	855,—	Siemens-Halske	12	347,—	345,—
Deutsche Kali	25	390,—	398,—	Westf. Draht	5	330,—	330,—
Dittmann Neuh.	32	930,—	930,—	„ Eis. u. Draht.	20	470,—	470,—
Dürkopp	25	—,—	520,—	Wicking Zem.	25	508,—	504,75
Elberf. Farben	18	—,—	851,—	Wittener Guß t.	30	—,—	—,—

Inländische Staatsanleihen.

	20. 7.	21. 7.		20. 7.	21. 7.
5% I. D. R.-A.	—,—	—,—	3½% D. R.-A.	69,25	69,50
5% II. D. R.-A.	99,90	99,80	3% D. R.-Anl.	76,30	76,40
5% III „	99,90	99,90	D. Sparp.-Pr. Anl	80,20	80,20
4½% IV.-V. „	86,50	86,75	5½% D. Sch. A. 1921	—,—	—,—
4½% VI.-IX. „	72,30	72,40	5% do. 1922	99,75	99,60
4½% 1924er „	95,40	95,40	4% Pr. Kons.	70,75	70,90
5% D. R. Anl.	77,50	77,50	3½% Pr. Kons.	60,10	60,20
4% D. R.-Anl.	79,30	79,40	3% Pr. Kons.	55,75	55,75

Amtliche Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Für drahtliche Auszahlungen	20. Juli. Geld	20. Juli. Brief	21. Juli. Geld	21. Juli. Brief	Höchst. bish. G.	Münz parität
Holland 100 fl.	2424,05	2428,95	2424,05	2428,95	4195,—	168,75
Belgien 100 Fr.	581,40	582,60	580,40	583,60	736,75	81,—
Norwegen 100 Kr.	989,—	991,—	988,—	990,—	1848,—	112,50
Dänemark 100 Kr.	1176,80	1181,20	1166,80	1168,70	1698,—	112,50
Schweden 100 Kr.	1599,85	1603,15	1589,40	1589,60	1998,—	112,50
Italien 100 Lir	344,65	345,35	342,65	343,35	584,40	81,—
England 1 St.	276,20	276,80	275,70	276,30	350,65	20,43
Amerika 1 D	76,67	76,83	76,92	77,08	103,65	4,20
Frankreich 100 Fr.	596,15	597,35	595,15	596,35	798,—	81,—
Schweiz 100 Fr.	1264,70	1267,30	1263,70	1266,30	1709,30	81,—
Spanien 100 Pes	989,—	991,—	984,—	986,—	1848,—	81,—
Disch.-Oest. 100 Kr.	10,08	10,12	10,28	10,32	—,—	85,10
Tsch.-Slow. 100 Kr.	99,30	99,50	99,40	99,60	101,15	—,—
Ungarn 100 Kr	24,37	24,43	24,17	24,23	—,—	—,—

* **Berlin**, 21. Juli. Bei kaum veränderten Devisenpreisen und ziemlich ruhigem Geschäft eröffnete die Börse in fester Haltung, jedoch waren die Veränderungen verhältnismäßig bescheiden. Auf dem Montanaktienmarkte waren Rheinstahl auf das Dementi der Verwaltung über eine bevorstehende Kapitaltransaktion 2 Proz. niedriger. Auch Rheinische Braunkohlen gaben etwas nach. Die übrigen zogen durchweg etwas an. Für Phönix zeigte sich nach schwächerem Beginn lebhafte Nachfrage; sie zogen bis 852, also um 18 Prozent an. Im übrigen zeigten sich Kursbesserungen bis zu 10 Proz. Schiffahrtswerte waren kaum verändert; sie neigten eher zur Schwäche. Chemische Werte ziemlich fest. Elektrowerte still und nicht einheitlich. Von Spezialwerten gewannen Augsburg-Nürnberg bis 25 Prozent, auch Deutsche Waffen zogen etwas ant die übrigen waren zu Beginn eher eine Kleinigkeit niedriger. Daimler verloren 8 Prozent. Später wurde die Tendenz für Spezialwerte eher fest und die anfänglichen Verluste konnten zum Teil wieder wett gemacht werden. Bei stillem Geschäft zogen Kaliwerte weiter an, sowohl die amtlich notierten als auch die im freien Verkehr gehandelten Papiere. Valutawerte still und wenig verändert. Heimische Renten unverändert, desgleichen heimische Banken.

Was gilt die deutsche Mark im Auslande?

Für 100 deutsche Mark wurden gezahlt:

	vor dem Kriege	Mitte dies. Woche	vorige Woche	Währung d. Länder
Nordamerika	23,80	1,29	1,30	Dollar
England	27,80	7,19	7,042	Schilling
Frankreich	125,40	16,78	16,62	Franken
Italien	125,40	29,20	35,20	Lire
Holland	59,20	4,08½	4,07½	Gulden
Dt. Oesterreich	117,80	1070,50	937,—	Kronen
Tsch. Slowakei	117,80	100,50	100,40	Sokols
Ungarn	117,80	421,05	—,—	Kronen
Schweiz	125,40	7,75	7,73	Franken
Schweden	88,80	6,85	6,05	Kronen
Norwegen	88,80	10,—	9,35	Kronen
Dänemark	88,80	8,65	8,15	Kronen
Finnland	125,40	79,—	80,50	finn. Mk.

Die Bewegung des Standes der Mark ist in ein kritisches Stadium eingetreten. Auf dem Devisenmarkte herrscht überall große Unsicherheit und die zukünftige Entwicklung wird mit großer Vorsicht beurteilt. Der Dollar hat in den letzten Tagen zwar erhebliche Schwankungen erfahren; im Endeffekt gilt die Mark in Newyork heute ebensoviel oder, wenn man will, so wenig wie vor acht Tagen. Dagegen haben die übrigen Börsen die Mark, wenn auch nur wenig, höher bewertet. Es hängt die unübersichtliche Devisenlage eng mit den Kreditvorbereitungen zusammen, die man in Amerika und in England der deutschen Wirtschaft einzuräumen beabsichtigt. Da aber Ausmaß und Bedingungen dieser umfangreichen Kredite zurzeit noch nicht feststehen, hat auch die Mark noch keinen Ruhepunkt in ihrer Bewegung gefunden, umsomehr, als ein Teil der auf die Geldbewertung einwirkenden Kräfte nach wie vor bestehen bleibt. Im allgemeinen ist die Bewertung der Mark um etwas in die Höhe gegangen, sehr stark in Oesterreich.

In diesem Zusammenhange ist es nicht uninteressant zu beobachten, welchen immerhin beachtlichen Rückgang die englische Valuta an der Newyorker Börse erfahren hat. Während noch Anfang Juni mit 3,91,87 Dollar gehandelt wurde, gilt er heute nur noch 3,6 Dollar, eine Erscheinung, die zum Teil ihre Ursache mit hohen amerikanischen Getreideausfuhren und mit den Nachwirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks zusammenhängt. — Die polnische Mark, deren Wert nur noch den 25. Teil der deutschen Mark beträgt, hat sich auch in letzter Zeit nicht in nennenswerter Weise verändern können. Man fürchtet in Finanzkreisen, daß eine Gesundung der polnischen Finanzen nicht möglich sein wird — eine für einen neugegründeten Staat immerhin recht bezeichnende Tatsache.

* **Rhein.-Westf. Kohlensyndikat.** In der gestrigen Mitgliederversammlung wurde die Festsetzung der Beteiligungsanteile für Koks auf 55 Prozent mit Wirkung ab 1. Juni 1921 genehmigt. Aufgenommen in das Syndikat wurde die Gewerkschaft Herbeder Steinkohlenbergwerke. Ferner wurde von den Verhandlungen Mitteilung gemacht, die zu der neuen Preisstaffelung für Ruhrkohle ab 1. Juli 1921 geführt haben. Danach sind die Preise für Stücke und Nüsse um 25 Mark, für bestmelierte Sorten um 6,25 Mark die Tonne (ausschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer) erhöht.

* **Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hörde.** Die Phönix A.-G. hat das gesamte Aktienkapital von 3,6 Millionen Mark der Fittingswerke Gebr. Inden A.-G. in Düsseldorf übernommen, und zwar im Umtausch gegen Phönix-Aktien. Das Unternehmen soll seine Selbständigkeit beibehalten und in der bisherigen Form weitergeführt werden. (Rh.-W. Ztg.)

* **Niederrheinische Messe in Wesel.** Die in der Zeit vom 17.—21. August in Wesel stattfindende „Niederrheinische Messe", veranstaltet von der Stadt Wesel und der Niederrheinischen Handelskammer (Zweigstelle Wesel), verspricht, weit über den Rahmen eines örtlich begrenzten Unternehmens hinaus, sich zu einer großen Musterschau für den gesamten Großhandel und die Industrie vornehmlich Westdeutschlands auszugestalten. Auch in führenden holländischen Handelskreisen hat der Gedanke einer „Grenzmesse" lebhaften Anklang gefunden.

* **Neuer 50 Millionen-Kredit.** Bei der Bekanntgabe des Kredits von 150 Millionen Goldmark wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit internationalen Finanzkreisen zwecks Beschaffung weiterer Kredite fortgesetzt werden. Wir erfahren heute von der Reichsbank, daß es durch Vermittlung des Bankhauses Mendelssohn u. Co. in Amsterdam gelang, inzwischen einen neuen Kredit von 50 Mill. Goldmark für die Reichsbank zu beschaffen. Verhandlungen wegen fernerer Kredite schweben.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Lage der deutschen Eisenbahn.

w. **Berlin**, 21. Juli. (Amtlich.) Eine aus Düsseldorf datierte Nachricht der B. Z. am Mittag forscht von einem stark wachsenden Defizit bei der Eisenbahn und sieht als Ursache dafür und für die ständig zurückgehenden Leistungen der Eisenbahn die letzten Tariferhöhungen an. Die Nachricht ist unzutreffend. Auszugehen ist davon, daß die im Dezember 1920 durchgeführte Reform des Tarifsystems und die am 1. April 1921 in Kraft getretenen Tariferhöhungen die Gütertarife um annähernd 70 Prozent gesteigert haben. Nach den Tariferhöhungen sind die Einnahmen aus dem Güterverkehr nicht nur in diesem Umfange, sondern sogar um 80 Prozent gegen den gleichen Monat des Vorjahres gestiegen. Das bedeutet, besonders in Anbetracht der zahlreichen und im Hinblick auf die kommende Frachterhöhung im März vorgenommenen Vorwegbeförderungen eine Steigerung des Verkehrs um etwa 10 Prozent. Der Mai weist demgegenüber eine Steigerung der Verkehrseinnahme um nur 51 Prozent auf, also in Wirklichkeit einen Verkehrsrückgang von annähernd 20 Prozent gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Dieser Rückgang ist, soweit es die bisher vorliegenden Nachrichten erkennen lassen, auch im Juni noch nicht ausgeglichen. Die Gründe für das Nachlassen des Verkehrs sind in erster Linie, neben der allgemeinen Konjunkturabschwächung, in dem Ausfall des oberschlesischen Verkehrs und in der ständig fühlbar werdenden Wirkung der Sanktion am Rhein zu suchen. Stark beeinflußt werden die Verkehrsleistungen und infolgedessen die Einnahme auch durch den Fortfall der Ueberschichten im Ruhrrevier. Im Personenverkehr liegen die Einnahmen nicht nur um das Maß der am 1. Juni durchgeführten Tariferhöhungen, sondern weit darüber hinaus. Die Entwicklung des Reiseverkehrs ist zur Zeit durchaus zufriedenstellend. Im Haushaltungsvorschlage ist der Fehlbetrag der Eisenbahn für 1921 auf etwa 6½ Milliarden geschätzt. Die inzwischen durchgeführte Erhöhung der Kohlenpreise muß ihn um die Anzahl von Hundarten von Millionen erhöhen. Eine bestimmte Aeußerung über das finanzielle Ergebnis des Haushaltvorjahres abzugeben, ist jedoch im Uebrigen jetzt, nachdem erst drei Monate desselben verflossen sind, kein Sachverständiger im Stande. Das Ergebnis wird von der Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse entscheidend beeinflußt. Jedenfalls ist aber bestimmt zu erwarten, daß der Fehlbetrag des Jahres 1921 ganz wesentlich hinter dem von 1920 zurückbleiben wird, ein Ergebnis, das in erster Linie auch auf die Tariferhöhungen zurückzuführen ist.

Oberschlesien.

Die deutsche Antwort an Briand.

TU. **Berlin**, 21. Juli. Die deutsche Antwortnote an die französische Regierung ist laut B. Z. gestern nachmittag im Reichskabinett zum Vortrag gebracht worden. Es ergab sich bei der Beratung Einstimmigkeit über die Grundzüge der Note. Die definitive Fassung des Textes steht aber noch nicht fest, da noch einige Erhebungen zur Feststellung der von Briand mitgeteilten Tatbestände erforderlich sind. Infolgedessen kann auch noch nicht gesagt werden, zu welchem Zeitpunkt die Note der französischen Regierung übergeben und veröffentlicht werden wird.

Französische Schandtaten.

D. **Beuthen**, 21. Juli. Im Verlaufe des heutigen Tages sind wieder mehrere Deutsche, die beim Einzug der Engländer von den Franzosen festgenommen wurden, in Freiheit gesetzt worden. Sie bestätigen übereinstimmend, daß sie gräßlichen Mißhandlungen ausgesetzt waren. Insbesondere seien auch die sanitären Verhältnisse in den Gefängnissen derart gewesen, daß sie jeder Beschreibung spotteten.

D. **Kosel**, 21. Juli. Gestern hielt sich im Kreise Kosel eine starke Abteilung französischer Soldaten auf, die nach Waffen suchte, und ganz unberechtigte Verhaftungen vornahm. Der Bevölkerung bemächtigte sich große Entrüstung. In den Nachmittagsstunden sammelte sich eine große Menge Volkes an, um die Freilassung der Gefangenen zu erzwingen, die in der Kaserne untergebracht waren. Auf Veranlassung der Behörden unterblieb die Kundgebung, und es wurde durchgesetzt, daß die Festgenommenen abends wieder freigelassen wurden.

Keine amerikanische Intervention.

w. **Washington**, 21. Juli. Reuter meldet: Das Staatsdepartement teilte mit, daß es nicht aufgefordert worden sei, in der oberschlesischen Frage zu intervenieren, und erklärte, daß die Veränderungen im umstrittenen Gebiet nicht bedeutungsvoll genug seien, um die Regierung zu veranlassen, von sich aus eine Intervention in Erwägung zu ziehen.

Waffenfunde in Frankfurt a. M.

w. **Frankfurt a. M.**, 21. Juli. Zu einem Waffenfund in der Wöhlerschule teilt der Polizeibericht mit: Die Durchsuchung der Räume ergab, daß ein früherer Student von einem Auto Kisten nach dem Keller transportieren ließ. Ferner befanden sich dort 60 Kisten Infanteriemunition und Benzintanks mit 400 Gewehren. Nach den Angaben des verhafteten Schulverwalters wurden die Tanks von einem Studienrat dorthin gebracht mit der Angabe, es seien Steine für das Senckenbergische Museum drin. Die Untersuchung bei dem Studienrat förderte ein erhebliches Belastungsmaterial zu Tage, außerdem gewisse Anhaltspunkte für das Bestehen einer Organisation und sonstiges eine Reihe bekannter Persönlichkeiten belastendes Material. Der Gang der Untersuchung ergab, daß weitere Gewehre versteckt sein müßten. Das führte zu der Untersuchung in einem Lokal auf der Hundswiese, wo über 500 Gewehre und 40 Kisten Munition gefunden wurden.

Französische Geheim-Agenten bei deutscher Polizei.

D. **Berlin**, 21. Juli. Es stellte sich heraus, daß unter der Düsseldorfer Schutzpolizei, die vor einiger Zeit nach Schlesien versetzt wurde, sich französische Geheimagenten als Schutzpolizeileute befanden. Auch in die deutsche Wasserschutzpolizei, so z. B. in Münster, haben sich französische Geheimagenten eingeschmuggelt.

Franzosensehnsucht nach dem Ruhrgebiet.

TU. **Paris**, 21. Juli. Der Abgeordnete Peyroux hat einen Brief an Briand gerichtet, in dem er den Ministerpräsidenten an sein, in der Kammersitzung vom 24. Mai gegebenes Versprechen über die Politik gegenüber Deutschland erinnert; Briand habe in dieser Rede erklärt, daß wenn das Kabinett Wirth seine Zusicherung, die Aktion des Generals Höfer in Oberschlesien nicht zu dulden, nicht halten werde, würde Frankreich seine Maßnahmen treffen, und zwar indem es die anderen Ententemächte vorher davon verständigen würde. Der Abgeordnete hält es jetzt an der Zeit, zu handeln und verlangt, daß Briand sein Versprechen gegenüber dem Parlament halte und sofort das Ruhrgebiet besetze.

Rußland hungert. — Täglich einige Zehntausend Opfer.

TU. **Berlin**, 21. Juli. Die „Krasnaja Gazetta" schreibt: Die Meldungen, die wir erhalten, sind fürchterlich. Die hungernden Bauern im Gouvernement Saratow sind gezwungen, für 2 bis 3 Pud (ein Pud = 16,4 Kg.) Mehl, eine Kuh oder ein Pferd abzugeben. Eine ungeheure Massenauswanderung der Hungernden geht vor sich. „Der Donner hat gerollt!" Unter diesem Titel veröffentlicht der Kommissar für Gesundheitspflege in der „Iswestija" einen Artikel, in dem zugegeben wird, daß man augenblicklich mit einem viel stärkeren Feinde zu kämpfen hat, als es Koltschak, Denikin und andere waren. Rostow, Woronesch, Orel, Kubau, Don und das Wolgagebiet sind Stätten des Schreckens. In Regierungskreisen schätzt man die Zahl der täglichen Opfer auf einige Zehntausend.

TU. **Berlin**, 21. Juli. Das amtliche Bolschewistenblatt teilt mit, daß die großen Petersburger Putilowwerke endgültig stillgelegt worden sind. Auf den Werken sind nur noch einige Arbeiter verblieben, welche die Maschinen instand halten.

Der griechisch-türkische Krieg.

D. **Paris**, 21. Juli. Ueber die Schlacht bei Katahia wird gemeldet, daß sie sehr blutig war und für beide Teile mit großen Verlusten verlaufen sei. Die Türken hätten aber Katahia ungestört räumen können. Man halte die Schlacht nicht für entscheidend, da sie von den Türken planmäßig abgebrochen worden sei. Der Umstand, daß aber von den Türken gleichzeitig starke Verluste zugegeben werden, läßt nicht daran zweifeln, daß die Griechen einen starken Erfolg davongetragen haben.

w. **London**, 21. Juli. Reuter meldet aus Athen: Es verlautet in zuverlässigen Kreisen, daß in der viertägigen Schlacht bei Katahia 30000 Türken gefangen wurden.

w. **Athen**, 21. Juli. (Amtlich.) Am Dienstag haben die Griechen Eski-Schehir besetzt.

Hardings Konferenz.

Französisch oder englisch? — Hughes Wortführer Amerikas. — Japanische Anträge.

w. **Paris**, 21. Juli. Zu der Meldung des Newyork Herald, die Regierung der Vereinigten Staaten wünsche die englische Sprache zur offiziellen Sprache der Abrüstungskonferenz zu machen, schreibt Liberte: Soll die französische Sprache, die solange die Weltsprache war, die Sprache der Sieger von der Marne und Verdun, von den Verhandlungen der Konferenz verbannt werden, die sich vornimmt, die durch den französischen Sieg zur Möglichkeit gewordene Abrüstung ins Wert zu setzen? Soll der französischen Sprache ein solcher Affront von ihren amerikanischen Freunden zugefügt werden und beabsichtigt man in Washington unter dem Vorwande, die Herrschaft des Friedens in der Welt zu errichten, eine angelsächsische Hegemonie zu verkünden? Das können wir nicht glauben. Der Gedanke des Präsidenten Harding muß schlecht ausgelegt worden sein.

w. **Paris**, 21. Juli. Die Chicago Tribune meldet aus Washington von zuständiger Seite, Präsident Harding werde an der Konferenz über die Abrüstung und die Fragen des fernen Ostens nicht teilnehmen. Amerikas Wortführer werde Staatssekretär Hughes sein.

TU. **Newyork**, 21. Juli. Die Regierung in Washington hat an Japan die gewünschte Mitteilung über die Ziele der Abrüstungskonferenz erteilt. Die amerikanische Regierung fügt hinzu, daß Tokio sich weigern könne, über eine der Angelegenheiten in Beratungen zu treten. Verantwortliche führende Kreise in Japan sind der Ansicht, daß Japan als führende Orientalmacht wahrscheinlich der Washingtoner Regierung die Aufhebung der Exterritorialität in China vorschlagen wird, sowie die Festsetzungsversuche der Einwanderungsrechte in Canada, Australien, Neuseeland und Indochina, wobei die Frage der Rassengleichheit natürlich eingeschlossen ist. Südchina hat bei der Regierung der Vereinigten Staaten protestiert darüber, daß die Regierung von Peking nicht ganz China vertreten darf.

TU. **Ludwigshafen**, 21. Juli. Die Besatzungsbehörden haben die sogenannten Regimentsappelle bezw. die Zusammenkünfte ehemaliger Kriegsteilnehmer und Regimentskameraden im besetzten Gebiet verboten.

TU. **Lörrach**, 21. Juli. An der Wiesenbrücke in Steffen wurden gestern abend gegen 10 Uhr zwei Personen verhaftet, die verdächtig sind, mit dem Raubmord in Heidelberg in Verbindung zu stehen. Sie hatten, wie festgestellt werden konnte, falsche Pässe, und machten den Versuch, nach der Schweiz zu gelangen. Ein weiterer Helfer soll sich bereits in der Schweiz befinden. Die Verhafteten machten sich durch ihr Benehmen sofort verdächtig. Das Aeußere der Verhafteten stimmt mit den von dem in Heidelberg verhafteten Siefert gegebenen Beschreibungen überein, von denen dieser angeblich die bei ihm gefundenen Gegenstände aus dem Besitz der beiden ermordeten Bürgermeister erhalten haben will.

w. **London**, 21. Juli. Die Bergarbeiter erklärten sich gestern bereit, vom 4. 8. an der Lohnherabsetzung von zwei Schilling täglich zuzustimmen.

Verantwortlich: Für Politik i. V., Feuilleton und Sport W. Lindner; für Lokales, Handel und letzte Nachrichten: Th. Josten; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil i. V. W. Lindner für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Für den 1/2 Preis kleiden Sie sich, wenn Sie Ihren Bedarf in eleganten Herren-Anzügen

Herren-Bekleidungshaus Fortuna

Bochum, Hellwegstrasse 1, gegenüber Kaufhaus Koppel

die wir durch Gelegenheitskauf erstanden, bei uns einkaufen!

Unsere Preise **350.- 450.- 500.- 600.-** u. s. w. sind riesig billig.

Beste Verarbeitung / Eleganteste Formen / Neueste Farben

Tonhalle

Heute Ein neuer amerikanischer Großfilm: **Freitag**



Wieder hat es die amerikanische Filmindustrie verstanden, einen Sensationsfilm zu schaffen, der bei dem gesamten Publikum den größten Beifall finden wird.

20000 Meilen unter See

nach dem gleichnamigen Buch des größten Romandichters

JULES VERNE

bietet zum ersten Male künstlerisch und wissenschaftlich gleichwertige **Unterseeaufnahmen,** die man der Erfindung der Brüder Williamson verdankt. Es gelang den Beiden, Apparate zu erfinden, die kinematographische Aufnahmen des Meeresgrundes und im Wasser überhaupt ermöglichten. Zum ersten Male sieht das Auge des Zuschauers die zauberhaften Geheimnisse unerforschter Tiefen.

Zur Zeit als **Jules Verne** seinen Roman schrieb, der diesem Film als Vorbild diente, hielt man seine Ideen für phantastisch und unausführbar. Er starb enttäuscht, und wir sind es, die in diesem Film die Verwirklichung seiner Ideen erleben.

Wirklichkeit und Phantasie.

Mancher wird die Frage aufwerfen: welche Erfahrungen über Unterseeboote Jules Verne zur Verfügung standen, als er darüber im Jahre 1870 schrieb. Fulton hatte Zeichnungen gemacht von ernem Unterseeboot, das durch Handkraft bewegt wird, und hatte dieses Napoleon I. angeboten. Der nächste Erfinder, PHILIPP, ein Schneider aus Chikago, gebrauchte Wasserballast, um sein Schiff untergehen zu lassen, aber das Schiff kam nie wieder über Wasser. Ungefähr um dieselbe Zeit, 1851, konstruierte BAUER, ein Deutscher, ein Unterseeboot, welches jedoch nach einmaligem Untertauchen nie wieder nach oben kam. Vier Jahre später konnte auch JAMES NASMITH mit seinem Plan nicht durchdringen. Aber ein Amerikaner ALSTITT hatte mehr Erfolg. Sein Boot hatte spezielle füllbare Reservoirs, um unterzutauchen, einen Elektromotor, um unter Wasser fahren zu können und wurde über Wasser durch Dampf fortbewegt. Im Jahre 1863 erschien die „Plongeur" in Frankreich, die durch zusammengepreßte Luft fortbewegt wurde. JULES VERNE stand also reichliches Material zur Verfügung und es ist sehr interessant, die Abmessung der Nautilus mit denjenigen des deutschen Handelsuntetseeboots, die DEUTSCHLAND, zu vergleichen:

	Phantasie „Nautilus"	Wirklichkeit „Deutschland"
Länge ca.	72 m	70 m
Breite ca.	8 m	8,5 m
Tonnage	1500 t	1900 t

Jules Verne gebrauchte als weitertreibende Kraft Elektrizität aus Akkumulatoren, aber — und dies ist der Vorteil der Phantasie von Jules Verne — die Nautilus fuhr mit einer Geschwindigkeit von 50 Knoten, selbst wenn sie unter Wasser fuhr, während die Deutschland eine Geschwindigkeit von nur 7 Knoten pro Stunde erreichen konnte.

Aufführungszeiten:

3 3/4 Uhr	6 1/4 Uhr	8 1/4 Uhr

Ferner das glänzende Beiprogramm.

Gesundung durch Sauerstoff

Hauskuren ohne Berufsstör. nach San.Rat Dr. Weise. Seit vielen Jahren glänzend bewährt. Kombinierte Kuren gegen Nervenleid., nerv. Störungen jeder Art, Aderverkalk., geschw. Herzkraft, Erregungs- u. Schwächezustände, Lungenleid., Gicht, Rheuma, Magen- u. Darmleiden, Zuckerkrankheit, Leber-, Gallen-, Nieren- u. Blasenleid., Blutarmut u. Frauenleiden, Unterernährung, Magerkeit, Stuhlträgheit, Hämorrhoiden usw. Verlangen Sie kostenfreie Auskunft und ärztliche Broschüre. Angabe des Leidens erwünscht, damit die richtige Broschüre gesandt wird.

Sanitätsrat Dr. Weise's Heilanstalt, Berlin 162, Potsdamerstr. 104

Leitender Arzt: Dr. v. Hahn. — Sprechstunden: 11—3.

Stadttheater Bochum.

Freitag, 22. Juli, 7 bis gegen 11. **Vorrecht C. „Nibelungen" 3. Teil.**

Samstag, 23. Juli, 7 bis gegen 11 Uhr **Zum letzten Male! außer Vorm. „Nibelungen" 1. u. 2. Teil.**

Erholungsbedürftige

finden freundl. Aufnahme im **Livpischen Ländchen.** Schriftl. Anfragen unter Nr. **3120** an die Gesch. dieser Zeitung.

Verdingung.

Für den Neubau der 40 Wohnungen umfassenden Bergarbeitersiedlung an der Eduardstraße in Riemke sollen vergeben werden:

a) **Klempner- und Installationsarbeiten,**
b) **die Dachdeckerarbeiten.**

Trennung der einzelnen Arbeiten in mehrere Lose bleibt vorbehalten. Angebotsvordrucke werden, soweit der Vorrat reicht, an Bewerber auf Anfordern gegen Erstattung der Unkosten in Höhe von Mk. 6.— zu a) und Mk. 4.— zu b) von der **Bergmannssiedlung Bochum G. m. b. H., Trankasse 7a, Eingang G, Zimmer 145,** abgegeben.

Verschlossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote werden einschl. den 29. Juli 1921 von der gleichen Stelle entgegengenommen.

Verdingung.

Für den Neubau der 90 Wohnungen umfassenden Bergarbeitersiedlung am Grümer Baum in Gerthe sollen vergeben werden:

a) **Klempner- und Installationsarbeiten,**
b) **die Dachdeckerarbeiten,**
c) **die Schreinerarbeiten**

Trennung der einzelnen Arbeiten in mehrere Lose bleibt vorbehalten. Angebotsvordrucke werden, soweit der Vorrat reicht, an Bewerber auf Anfordern gegen Erstattung der Unkosten in Höhe von Mk. 3.— (zu a), b) und c) von der **Bergmannssiedlung Bochum G. m. b. H., Trankasse 7a, Eingang G, Zimmer 145, abgegeben.**

Verschlossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote werden einschl. den 29. Juli 1921 von der gleichen Stelle entgegengenommen.

Bekanntmachung.

In der Gemeinde Hordel ist ein **Schäferhund von grauer Farbe** zugelaufen.

Der Eigentümer wird aufgefordert, seine Eigentumsansprüche innerhalb 8 Tagen auf dem Amte Hordel in Bochum, Brückstraße 33, geltend zu machen.

Bochum, 19. Juli 1921.

Die Amts-Polizei-Verwaltung.

Fleischverteilung.

Am Sonnabend, den 23. Juli 1921, wird im hies. städt. Schlachthofe **minderwertiges Fleisch** verkauft.

Es erhalten nur Fleisch die in die Kundenliste des städt. Schlachthofes eingetragenen Kunden und zwar mit den Nummern von 101 bis 200 morgens von 7—8 Uhr.

Das Warenausweisheft ist mitzubringen.

Die Schlachthofdirektion.

Ein Posten

Tapeten

in Preislagen von **1.60—5.- M.**

Tapeten-Reste weit unter Preis.

Carl Bohlmann

Bochum

Kortumstrasse 4.

Fernruf 826.

Kaffee Industrie

Heute Freitag, den 22. Juli,

Zwölfter

Meisterabend

unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters und Violin-Virtuosen G. Lutter.

Jeden Sonn- und Feiertag

Frühkonzert

Konservatorisch geprüfte Lehrerin, in der Schule Prof. Teichmüllers, Leipzig, ausgebildet, erteilt

Klavier-Unterricht.

Ella Schäfer, Bochum, Ringstraße 8 I.

Die Hauptversammlung

des Vereins für Errichtung einer Schwimm- und Badeanstalt zu Bochum findet Freitag, den 29. Juli 1921, vormittags 11 Uhr im Magistratssitzungszimmer des Rathauses statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Auslosung von Anleihescheinen.
3. Wahl von Rechnungsprüfern.
4. Neuwahl des Vorstandes.

Bochum, den 12. Juli 1921.

Der Vereinsvorstand.

Von soeben eingetroffenem Waggon offeriere ich:

Gerolsteiner Sprudel

in 1/2 Liter Schraubenflaschen.

Vorzügliches Erfrischungsgetränk. — Nur echt mit dem Stern. —

A. Barenberg

Rottstraße 8/10. **Fernsprecher 244.**

Herde Herde

von Mk. 700.— an.

Große Auswahl. Alle Ausführungen

Nachlaß auf die Grundpreise **30%.**

Friedrichstraße 18.

Das Neueste

auf dem Gebiete der künstlichen Hörmittel:

Der kleine elektrische

Phonophor-Lautsprecher im Ohr

für Schwachhörige

(Siemens & Halske A.-G.)

wird **Samstag, den 16. Juli** von 1—6 Uhr im **Hotel Bochumer Hof, Bochum,** kostenlos und unverbindlich vorgeführt.

Phonophor-Gesellschaft m. b. H.

Hamburg 1 **Mönckebergstr. 13.**

Versicherung von

Reisegepäck

übernimmt zu weitestgehenden Bedingungen u. mäßigen Prämien

Subdirektor Otto Plangemann

Bochum, Rechenerstraße 14, Fernruf 1615.

Saison-

Ausverkauf!

Im 1. Stock liegen **ganz besonders billig aus:**

Farbige Kinder-Kleider Größe 45—60	14.50	19.50	26.00
Farbige Kinder-Kleider Größe 65—90	27.00	39.00	48.00
Weiße Kinder-Kleider Größe 45—60	29.00	38.50	46.00
Weiße Kinder-Kleider Größe 65—90	85.00	98.00	125.00
Knaben-Sportanzüge Größe 0, 1, 2	39.00	46.00	59.00
Weiße Kinder-Kittel mit Handstickerei	29.00	39.00	48.00
Farbige Damen-Waschblusen	39.50	58.00	64.00
Farbige Wasch-Unterröcke	36.00	49.00	58.00

Wegen Aufgabe:

Steppdecken mit guter Halbwolle und Wollfüllung 215.00 295.00

Mertens Söhne

Bochum, Obere Marktstraße 39.

Erstklassiges Spezialgeschäft.

Gesichtsausschlag

Pickel im Gesicht u. am Körper beseitigt rasch u. zuverlässig Zucker's Patent-Medizinal-Seife. Nach jeder Waschung m. Zuckooh-Creme nachbehandeln. Frappante Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich.

Ziehung 18.-24. August Wohlfahrts-

Geld-Lotterie

26873 Gewinne Mk.

Hauptgewinne:

1	1 000 000
1	100 000
1	80 000
1	70 000

Lose à M. 6.- Ptto.u.Liste Mk. 1.50 m. empfiehlt u. versendet **Rudolf John,** Bankgeschäft **Hamburg 39.** Gertrudstr. 32 Postscheck-Konto 27 393.

Trauringe

massiv Gold

Jede Preislage und Form stets vorrätig.

Heinr. Schweers

Goldschmiedemeister

Bochum, Wilhelmstr. 13.

Verloren

Arbeiter verlor Brieftasche mit 550 Mk. Inhalt. Wiederbringer erhält Belohnung. Abzugeben Antoniusstr. 2, I. Etg.

Habe mich in **Bochum, Schillerstraße 22, Ecke Humboldtstraße** als

praktischer Arzt u. Geburtshelfer

niedergelassen.

Höhensonne und Diathermiebehandlung.

Sprechzeit: Vormitt. von 8 1/2—10 1/2 Uhr, nachmitt. von 3—4 1/2 Uhr

Fernsprecher 774.

Dr. med. Albrecht Meyer.



Schmitt Pianos

mit dem ovalen Patent-Resonanz-Boden

Flügel Einbau-Pianos

Infolge Verwendung nur erstklassiger Materialien

Größte Dauerhaftigkeit Ausgiebigste Klangfülle

Carl Schmitt

Hagen i. W.

Hof-Piano- & Flügelfabrik

Max Großer

Bochum, Marienstr. 34 — Fernruf 3000

Lederhandlung und Lederwaren, Schäftestepperei und Lederausschnitt, Lager sämtlicher Schuhmacherartikel.

Nr. 169. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag, 22. Juli 1921.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet)

Bochum, 22. Juli.

Berufsbelehrung und Berufswahl.

Das Arbeitsamt schreibt uns: Im neuen, durch den Krieg in mancher Beziehung umgewandelten, Deutschen Reiche, werden Erziehungsfragen im weitesten Sinne des Wortes im Mittelpunkte des Interesses stehen. Die deutsche Jugend wird es sein, die Deutschlands wirtschaftlichen und damit auch politischen Einfluß in der Welt zu vertreten und zu vermehren berufen sein wird und in immer erhöhtem Maße je nach dem Stande der inneren Entwicklung dem deutschen Gedanken in der Welt Geltung verschaffen soll.

Es ist darum die höchste Pflicht aller berufenen Kreise, unserer Jugend einen Weg zu zeigen, der sie zu einem Ziel führt, wo sie ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechend Großes leisten kann und innere Zufriedenheit findet. Tausende von Jugendlichen blicken nun bereits mehrere Monate auf den überaus verantwortungsvollen Schritt zurück, der sie aus den Tagen des sorgenlosen Spiels in die erste Berufstätigkeit führte. Gar manches erscheint ihnen — und namentlich wohl denjenigen, die vor Eingang des Lehrverhältnisses nicht den sachverständigen und unparteiischen Rat der Städt. Berufsberatung eingeholt haben — anders als sie es sich gedacht haben. Die eintönige Arbeit wirkt oft lähmend auf das Gemüt des Jugendlichen; zu den interessanten Arbeiten, die die Wahl des Berufes meistens veranlaßt haben, wird der Anfänger nicht zugelassen. Die sorgfältige Beeinflussung des Elternhauses fehlt manchmal. Da kommen denn oft Stunden, die scheinbar gebieterisch ein Aufgeben der meistens mit so hohen Erwartungen begonnenen Laufbahn verlangen.

Nur zu oft aber finden wir auch eine Enttäuschung auf Seiten des Lehrmeisters oder der Lehrmeisterin. Der Lehrling oder das Lehrmädchen hat sich nicht bewährt, wie man nach allen Eindrücken und Urteilen vermuten mußte. Liegt da nicht der Gedanke nahe, rechtzeitig eine große Ueberlegung und unter Mißverständnissen und Irrtümern zustandegekommenes Lehrverhältnis zu lösen, als einen Menschen, der zu einem anderen Berufe gute Anlagen hat, unter unsäglichen Mühen und Aergernissen zu einem Stümper zu erziehen? Das Bestehenbleiben des Lehrverhältnisses würde doch nur die Grundlage sein für die Bitternis, die über kurz oder lang über den Jugendlichen kommt, wenn ein Mißerfolg nach dem anderen dem Anfänger den Beweis fehlender Veranlagung bringt und ihn so den Weg tausender seelenkranker, werktätig und geistig schaffender Mitbürger führt, die bei dem bisherigen Mangel einer systematisch vorgenommenen Berufsberatung ihren Beruf verfehlt haben.

Bei den jetzigen Arbeitsverhältnissen der Großstädte, die den Vater, oft auch die Mutter zwingen, fern von der eigenen Behausung ihre Arbeit zu verrichten, vermag sich das ins Berufsleben hinaustretende Kind keine Vorstellung von dem Beruf des Vaters oder der Mutter zu bilden, geschweige denn, eine größere Anzahl von Berufen richtig in ihren Anforderungen zu erkennen. Die Folge ist eben oft die Verfehlung des nach Anlage und Neigung ihnen bestimmten Berufes, ein Aufgeben des eben begonnenen Lehrverhältnisses und in vielen Fällen, wenn nicht mit Nachdruck, möglichst unter Zuhilfenahme des hierfür zuständigen Berufsamtes, die Beschaffung einer geeigneten Lehrstelle betrieben wird, der Eintritt als ungelernter Arbeiter oder Arbeiterin. Nur zu leicht ist damit dem Leben des Jugendlichen die entscheidende Wendung gegeben, die ihn nie wieder in gesicherte Lebensbedingungen führt.

Für die Schule und die Berufsberatung ist die Stellung zur ungelernten Arbeit wegen ihrer gesundheitlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Gefahren für die Jugend völlig geklärt. Jeder Zuwachs von gelernten Kräften bedeutet einen Gewinn an Volkskraft und Volksgesundung. Der ungelernte Arbeiter dagegen geht einen unsicheren Weg. Der junge Mensch wird ausgenutzt, der Körper kann sich nicht entwickeln. Später ist er von Konjunkturschwankungen abhängig und der auf diese Weise brotlos gewordene Arbeiter ist keine Seltenheit.

Es ergibt sich daher für die Schule die Forderung, rechtzeitig mit der berufskundlichen Belehrung zu beginnen, die in den Lese- und Rechenunterricht, in die Geschichts- und Staatsbürgerliche Belehrung eingeflochten werden kann, wo die Gelegenheit sich bietet, dabei den Kindern von früh auf stets mit eindringlicher Deutlichkeit vor Augen führend, welch große Verantwortung die Berufswahl ihnen und den Eltern auferlegt. Nicht genug kann von seiten der Schule darauf hingewiesen werden, daß die vor der Berufswahl stehenden Kinder sich einem sachverständigen und unparteiischen Rat bei dem zuständigen Beratungsamt, welches insbesondere über die Lage und die Entwicklung des Arbeitsmarktes stets unterrichtet ist, einholen müssen.

---

* **Errichtung von Wohnungsbauten durch die städtischen Beleuchtungs- und Wasserwerke.** Dem Stadtverordneten-Kollegium ist folgende Vorlage des Magistrats zugegangen: Zur Linderung der Wohnungsnot werden alle Stellen, die in der Lage sind, zu bauen, ihren Anteil hierzu beitragen müssen. Vor allen Dingen wird diese Forderung für die Industrie erhoben. Eine Reihe von großen und mittleren industriellen Werken ist bereits dazu übergegangen, Bauten für ihre Angestellten und Arbeiter in umfangreichem Maße zu errichten. Nicht allein private industrielle Werke, sondern auch rein kommunale Werke, wie z. B. das Elektrizitätswerk Westfalen, gehen mit der Absicht um, für mehrere Millionen Mark Wohnungen zu bauen. Einer Anregung des Stadtbaurates Folge leistend, haben sich auch unsere städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke mit dieser Frage befaßt und haben daraufhin die Verwaltungsdeputation genannter Werke und der Magistrat beschlossen, den städtischen Körperschaften die Errichtung von zunächst einem Einfamilienhaus für den Direktor, einem Zweifamilienhaus für zwei mittlere Beamte und etwa 6 Arbeiter- und Unterbeamtenwohnungen unter Benutzung städtischer Grundstücke vorzuschlagen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 1 150 000 Mark. Die Deckung soll in Höhe von rd. 1 Million Mark aus Anleihemitteln erfolgen, wobei beabsichtigt ist, jährlich erhöhte Tilgungen bezw. Abschreibungen der Ueberteuerung vorzunehmen. Etwa 150 000 Mark sollen aus sogenannten Industriezuschüssen gedeckt werden. Die Festsetzung der Mietssätze erfolgt durch den Magistrat. Wir bitten daher die Stadtverordnetenversammlung, beschließen zu wollen: „Die Errichtung von 9 Wohnungen durch die städt. Beleuchtungs- und Wasserwerke wird genehmigt. Die entstehenden Kosten sind zu 1 Million Mark aus Anleihemitteln und zu 150 000 Mark aus Industriezuschüssen zu entnehmen."

* **Ein bedeutungsvoller Zusammenschluß!** Wie wir hören, wird sich der in Essen bestehende Reichsbund der Deutschen aus dem früheren Oesterreich-Ungarn mit dem Oesterreichischen deutschen Volksbund in Berlin zusammenschließen und sich dann als Landesverband Rheinland-Westfalen des letzteren auftun. Der Berliner Reichsbund steht unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Loebe. Er hat in der Anschlußfrage schon des öfteren öffentliche Kundgebungen veranlaßt. Dem Vorstande des Berliner Bundes gehören viele namhafte Abgeordnete des Landtages und des Reichstages, viele Gelehrte, Politiker, sehr bekannte Männer aus den Kreisen der Berliner Presse, aber auch sonst Männer und Frauen aus allen Berufen und Parteien an. Der Berliner Volksbund bildet so ein Großdeutschland und eine Volksgemeinschaft, wie wir sie im Großen erträumen, bereits im Kleinen und wird uns diese Vorarbeit wohl noch reiche Früchte tragen. Die Arbeiten dieses jetzt wesentlich größer werdenden Verbandes verdienen jede Förderung aller einsichtigen Kreise, weshalb wir auch auf die Tagung des Essener Reichsbundes in Elberfeld am 24. d. M. hinweisen, wo der Zusammenschluß beider Verbände stattfindet. Bereits jetzt weisen diese Verbände die stattliche Zahl von 10 000 Mitgliedern auf. Auch eine eigene Zeitschrift unter dem Namen: „Heim ins Reich" wird herausgegeben. Anläßlich der erwähnten Tagung in Elberfeld finden auf der Hardt im Bergischen Hause vorm. 10 Uhr auch Vorträge statt, die die Anschlußfrage und das Deutschtum in der Tschechoslowakei betreffen. Als Redner sind die Schriftsteller Hermann Kienzl und Herr Dr. Rich. Mischler (Deutschböhme) gewonnen. Freunde der Sache seien hierauf aufmerksam gemacht.

* **Kapitalabfindung bei Verheiratung von Kriegerwitwen.** Das neue Reichsversorgungsgesetz macht die Gewährung der Abfindungssumme nicht mehr von einer besonderen Bedürftigkeit abhängig, sondern erkennt allgemein jeder Witwe bei Wiederverheiratung mit einem Deutschen den Rechtsanspruch auf die Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der von ihr zuletzt bezogenen Rente zu. Nachdem das neue Reichsversorgungsgesetz rückwirkend ab 1. April 1920 sämtliche Eheschließungen von Kriegerwitwen nach dem 1. April 1920 mit einbegreift, außerdem der Berechnung bezüglich der Höhe der Abfindungssumme die Rentensätze nach dem neuen Gesetz zugrunde liegen, ergibt sich eine wesentlich höhere Abfindungssumme als bisher.

\# **Stattliche Neubauten** bezw. Umbauten werden mehreren Straßen bald zustatten kommen. In der Wilhelmstraße macht das frühere Haus des Rechtsanwalts Dr. Hünnebeck dem Neubau des Lothringen-Konzerns Platz; der Abbruch des Hauses geht dem Ende entgegen. Ein großes Bankgebäude wird aus den Häusern Ecke Viktoriastraße u. Wilhelmsplatz, die größtenteils schon geräumt sind, geschaffen. Welche Kosten für die Durchführung dgrartiger Bauprojekte aufgewendet werden müssen, geht daraus hervor, daß dort für die Hergabe eines Friseurladens, für den ein Ersatz nicht geschaffen werden konnte, 80 000 Mark Entschädigung gezahlt wurden. Eine neue Fassade erhält auch das Gebäude der Essener Credit-Anstalt in der Wilhelmstraße.

ha. **Steuer auf mechanische Musikinstrumente.** Eine Musikinstrumentensteuer ist jetzt vom Finanzminister und dem Minister des Innern zugelassen worden. Tast-, Streich- und Blasinstrumente bleiben zwar noch frei. Die Gemeinden können aber bis zu 150 Mark besteuern das Halten von mechanischen, auch elektrisch betriebenen Flügeln und Klavieren, wie Pianolas, Phonolas, Orchestrions, Mignon-Klavieren, sowie von Grammophonen, Phonographen und sonstigen mechanisch angetriebenen Apparaten zur Wiedergabe musikalischer Stücke. Befreit bleiben sollen nach dem Entwurf einer Steuerordnung Instrumente, die zur gewerbsmäßigen Veräußerung gestellt werden. Auch darf die neue Steuer nicht neben der Vergnügungssteuer erhoben werden. Die Steuer ist vom Eigentümer zu entrichten. Für ihren Eingang haftet der Besitzer. Die Instrumente müssen zwei Wochen nach Inkrafttreten der Steuerordnung bei der Ortsbehörde angemeldet werden, ebenso die Abschaffung. Vorbehalten bleibt die Zustimmung zu der Steuer, soweit sich Einwendungen aus den Vorschriften des Reichsrats über die Vergnügungssteuer der Gemeinde ergeben.

a. **Der Stiftung „Töchterhort"** der Reichs-Post- und Telegraphenbeamten ist die während des Krieges unter den Feldpostbeamten veranstaltete freiwillige Sammlung, bestehend in deutscher Reichsanleihe im Nennwerte von 200 600 Mark und einem Barbetrage von 23 158,12 Mark mit der Bestimmung überwiesen worden, in erster Linie Töchter von im Kriege gefallenen Post- und Telegraphenbeamten zu berücksichtigen.

× **Vom Wucher- und Schöffengericht wurden verurteilt:** Der Kaufmann Karl Notermund wegen übermäßiger Preissteigerung und Nahrungsmittelvergehens zu einem Monat Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, ferner zur Einziehung des Uebergewinnes in Höhe von 200 000 Mark, die Metzgermeister Hermann Feuser und Ad. Brast wegen Nahrungsmittelfälschung je zu 500 Mark Geldstrafe, der Milchhändler Georg Arndt wegen Milchfälschung zu 300 Mark Geldstrafe, der Bäckermeister Josef Küper wegen Verkaufs von Brot mit Mindergewicht zu 500 Mark Geldstrafe und der Bäckermeister Franz Rosenkranz wegen gleichen Vergehens zu 300 Mark Geldstrafe, der Händler Eduard Fricke wegen Vergehens gegen die Preisschildervordnung zu 500 Mark Geldstrafe und die Ehefrau Maria Wolf wegen Schleichhandels mit rationierten Waren zu einer Woche Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

* **Knappschafts-Angelegenheit.** Die Zahltermine der Zahlstelle Bochum IV finden von August an im Lokale des Wirtes Gustav Janzen, Marienstraße 42, statt.

—* **„Hier kann geklaut werden!"** Das Telegraphenamt schreibt uns in Erwiderung auf unseren der „Gelsenkirchener Allg. Ztg." entnommenen Artikel „Hier kann geklaut werden" in Nr. 163 unseres Blattes folgendes: Ueber das Anbringen von Benachrichtigungszetteln an der Eingangstür zur Wohnung des nicht anwesenden Telegrammempfängers bestimmt die Telegraphenordnung vom 16. Juni 1904: „Ist weder der Empfänger noch sonst jemand aufzufinden, dem das Telegramm ausgehändigt werden darf, so hat der Bote, wenn es sich um ein Telegramm handelt, für welches ein Empfangsschein ausgefertigt ist, oder wenn sich die Bestellung eines Telegramms ohne Empfangsschein durch Einlegen in einen Privatbriefkasten oder auf andere Weise nicht ermöglichen läßt, einen Benachrichtigungszettel in der Wohnung usw. des Empfängers zurückzulassen oder an die Eingangstür zu heften, das Telegramm selbst aber zur Anstalt zurückzubringen. Wenn die Eingangstür an einer öffentlichen Straße liegt, der Benachrichtigungszettel also jedem Vorübergehenden zugänglich ist oder durch Wind und Wetter abgelöst werden kann, hat ein Anheften oder Hinterlassen des Zettels zu unterbleiben. Der Bestellversuch ist dann nach Lage der Verhältnisse zu gegebener Zeit zu erneuern." Hiernach ist es zulässig, den Briefkasten zu benutzen und zwar für das Telegramm selbst, so daß ein Benachrichtigungszettel entbehrlich ist. Ist ein Briefkasten nicht vorhanden und läßt sich der nunmehr zurückzulassende Benachrichtigungszettel nicht unter der Tür in die Wohnung schieben, so wird er an die Eingangstür geheftet. Das geschieht auch dann, wenn der Bote nicht unzweifelhaft weiß, daß er die Wohnung des Adressaten vor sich hat. Dann ist es immerhin sicherer, den Zettel an die Tür zu heften, als ihn in eine fremde Wohnung zu schieben. Holt der Empfänger auf Grund des Zettels das Telegramm in einer angemessenen Frist nicht ab, so wird die Bestellung noch einmal versucht. Die Benutzung des Briefkastens oder das Hineinschieben eines Benachrichtigungszettels in die Wohnung hat auch seine Schattenseiten. Im Briefkasten wird das Telegramm leicht übersehen, namentlich wenn es dunkel ist, oder es müßte schon jeder, der einen Briefkasten hat, ihn regelmäßig nach der Rückkehr zur Wohnung sorgfältig mit der Hand untersuchen. Das klein zusammengefaltene Telegramm versteckt sich gern in einer Ecke des Kastens. Der Benachrichtigungszettel seinerseits kann durch den Luftzug beim Oeffnen der Tür verweht werden, z. B. unter einen im Flur stehenden Schrank, unter die Flurgarderobe usw. Aus solchen Anlässen ist dem Telegraphenamt schon manche Beschwerde zugegangen, in der es gerügt wurde, daß das Telegramm in den Briefkasten geworfen oder daß der Benachrichtigungszettel unter die Tür geschoben wurde, statt in beiden Fällen einen Zettel an die Tür zu heften. — Der vom Verfasser in so humorvoller Weise geschilderte Uebelstand ist insofern von nicht allzu weittragender Bedeutung, als es im allgemeinen selten vorkommt, daß jemand seine Wohnung längere Zeit unbeaufsichtigt läßt.

Wohlfahrtspflege im Landkreise Bochum

Die öffentliche Wohlfahrtspflege hat sich in den großen Kommunalverbänden besonders in den letzten Jahren zu einem ganz bedeutenden Zweige der Verwaltungstätigkeit ausgewachsen. Ueber die mustergültigen Einrichtungen, die auf diesem Gebiete im Landkreise Bochum geschaffen worden sind, machte in der jüngsten Kreistagssitzung Bürodirektor Henkel beachtenswerte Mitteilungen.

In dem Kreiswohlfahrtsamt des Landkreises verkörpern sich die zur Hebung und Förderung der gesamten Volkswohlfahrt erforderlichen Maßnahmen. Die Errichtung war ein dringendes Bedürfnis, um die wirtschaftliche Not und die Volksschäden und -Gefahren, die sich besonders infolge des Krieges und seines unglücklichen Ausganges breitmachten, planmäßig zu bekämpfen. Das Kreiswohlfahrtsamt umfaßt folgende Arbeitsgebiete: I. Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, II. Familienfürsorge, III. Allgemeine Wohlfahrtspflege, IV. Bildungsfürsorge und V. Wirtschaftspflege.

1. Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge.

In Kriegsbeschädigtenfürsorge befinden sich 2436 Kriegsbeschädigte, darunter 586 Schwerbeschädigte. Als Berufsberater sind 6 Herren tätig. In Stellen untergebracht wurden 500 Beschädigte; stellenlos sind nur einige. Mehrere Kriegsbeschädigte, die ihren Beruf nicht mehr ausüben konnten, wurden auf Schulen usw. für einen anderen Beruf ausgebildet. Aus Mitteln des Kreiswohlfahrtsamtes wurden an die Beschädigten insgesamt 7000 Mark an Beihilfen gezahlt. Ferner wurden für bedürftige Kriegsbeschädigte Kleidungsstücke usw. zum Vorzugspreise abgegeben. — Die Zahl der Kriegshinterbliebenen beträgt rund 770 Kriegerwitwen, 1708 Kriegswaisen und 380 Kriegereltern. Für bedürftige Kriegshinterbliebene wurden 1920 erwirkt: 560 000 Mk. Winterbeihilfen, 3800 Mk. aus der Nationalstiftung. Außerdem wurden noch Bekleidungsstücke zum Vorzugspreise beschafft. 12 Kriegerwaisen wurden zur Kur in Borghorst untergebracht.

2. Familienfürsorge.

Die Familienfürsorge umfaßt: 1. die Fürsorge für hoffende Frauen und Mädchen; 2. die Säuglingsfürsorge; 3. die Wöchnerinnenfürsorge; 4. die Stehkinderfürsorge; 5. und 6. die Kleinkinder- und Schulkinderfürsorge; 7. die Krüppelfürsorge; 8. die Geschlechtskrankenfürsorge; 9. die Alkoholikerfürsorge; 10. die Tuberkulosenfürsorge; 11. die Wohnungsfürsorge; 12. die Fürsorge für Geisteskranke. Zur Durchführung sowie zum Weiterausbau der Familien- für -vorsorge hat das Kreiswohlfahrtsamt in den letzten drei Jahren die Anstellung einer Oberfürsorgerin, einer Assistentin, zweier Praktikantinnen sowie von 25 Bezirks- und Tuberkulosefürsorgerinnen erwirkt. Die ärztliche Fürsorgetätigkeit wird vom Kreisarzt sowie von drei hauptamtlich und 16 nebenamtlich angestellten Aerzten ausgeübt. Das Wohlfahrtsamt hat das Bestreben, mit allen in der Wohlfahrtspflege tätigen Personen, allen charitativen und freien Vereinen Hand in Hand zu arbeiten, um eine erfolgreiche Wohlfahrtspflege betreiben zu können, vor allem vorbeugend durch Aufklärung und Belehrung.

Ein kleiner Auszug aus der Familienfürsorge im Betriebsjahre 1920 mag in etwa Art und Umfang ihrer Tätigkeit veranschaulichen:

a) Schwangeren- und Wöchnerinnen-Fürsorge.

Die Beratung der hoffenden Frauen und Mädchen geschieht in der Sprechstunde der Fürsorgerinnen und in der Kreisfürsorge (Wohlfahrtsamt). Es ist sehr wünschenswert, daß besonders auch die Mädchen frühzeitig den Rat der Fürsorgerin einholen, die zunächst für die Schwangere und später für Mutter und Kind eine Unterkunft ermittelt, ferner für die Beschaffung von Wäsche und für die Regelung der Kostenfrage sorgt. Es sind im Berichtsjahre in zahlreichen Fällen Bett- und Säuglingswäsche, Wanderkörbe, Puder, Pasten, Sauger, Lebensmittel unentgeltlich, leihweise oder zu ermäßigten Preisen durch die Fürsorgestellen ausgegeben worden.

b) Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Zur Durchführung der Säuglingsfürsorge sind im Landkreise 22 Mutterberatungsstellen eingerichtet, die von dem Arzt und der Fürsorgerin geleitet werden. 909 Mutterberatungsstunden wurden im vergangenen Jahre abgehalten, in denen 11 442 Säuglinge vorgestellt und die Mütter beraten wurden. Die gesamten Hebammen des Kreises, ungefähr 70, arbeiten mit der Fürsorge Hand in Hand, besonders in der Wöchnerinnenfürsorge. Im Anschluß an die Mutterberatungen machen die Fürsorgerinnen Hausbesuche und erläutern die Anordnungen der Aerzte und ihre praktische Ausführung. Die unehelichen Kinder, die auch die Standesämter, die Hebammen und die Landesfrauenklinik der Kreisfürsorge melden, werden in Pflegestellen, Kinderheimen untergebracht. Die Pflegestellen werden durch die Fürsorgerin auf ihre Eignung geprüft. Die Pflegekinder stehen unter Aufsicht der Fürsorgerin. Die rachitischen Kleinkinder, die im Anschluß an die Mutterberatungen untersucht werden, haben auf Verordnung des Arztes Solbäder in den Schulbadeeinrichtungen, die dazu eingerichtet worden sind, verabreicht bekommen. Es wurden im vorigen Jahre im Kreise 5000 Solbäder mit nachfolgender Liegekur (bei guter Witterung im Freien) und Speisung verabfolgt. Licht-, Luft- und Sonnenbäder werden zur weiteren Hebung des Gesundheitszustandes der Kleinkinder teilweise eingerichtet.

c) Schulkinderfürsorge.

Die Schulkinderfürsorge ist in ihrer jetzigen Art im letzten Jahre eingeführt. Es finden bei den Neuanfängern und den Schulentlassenen, sowie in regelmäßigen Schulsprechstungen ärztliche Untersuchungen statt. Die gesundheitlich gefährdeten Kinder bekommen einen Ueberwachungsbogen und sind dem Arzt während der Sprechstunde besonders vorzuführen. Erfaßt sind im Kreise 28 230 Schulkinder. Die Fürsorgerinnen veranlassen bei ihren Hausbesuchen die Heilverfahren, die Verschickung in Kinderheime sowie aufs Land und sonstige Anordnungen der Schulärzte. Im Mittelpunkt der zur Kräftigung der Kleinkinder und Schulkinder ergriffenen Maßnahmen stand die Quäkerspeisung. Insgesamt nahmen an der Speisung im vorigen Jahre 390 Kleinkinder und 21 770 Schulkinder teil. Die Zahl der Speisestellen belief sich auf 43 und die der Kochstellen auf 20. Bei den Kindern wurde eine durchschnittliche Gewichtszunahme von 2½ Pfund ermittelt.

d) Impfung.

Als Impfärzte sind 16 praktische Aerzte tätig. Die Kosten wurden vom Kreise getragen. Geimpft wurden im Jahre 1920 insgesamt 3534 Kinder, wiedergeimpft 4150 Kinder. Die Impfkosten beliefen sich auf 12 500 Mark.

e) Krüppelfürsorge.

Schon vor der gesetzlichen Regelung der Krüppelfürsorge durch das Gesetz vom 6. Mai 1920 ist im Kreise die Krüppelfürsorge eingerichtet worden. Die Krüppelkinder bis zum 18. Lebensjahre werden dem Kreisarzt gemeldet und monatlich ein- bis zweimal in der Krüppelsprechstunde im Wohlfahrtsamt von einem Fachkrüppelarzt untersucht und beraten. Die Zahl der Besucher betrug im Berichtsjahre 515; davon befinden sich 208 Krüppelkinder in Behandlung. Die Unterbringung der heimbedürftigen Kinder wird von der hiesigen Zentralstelle beim Landeshauptmann erwirkt. Bei Minderbemittelten trägt der Landarmen- oder Ortsarmenverband die Kosten.

f) Tuberkulosefürsorge.

Die Zentrale für die Bekämpfung der Tuberkulose ist das Kreiswohlfahrtsamt. Die Untersuchung und Beratung der Tuberkulose-Erkrankten erfolgt in den 19 Fürsorgestellen der Gemeinden durch den Arzt und die Fürsorgerin unentgeltlich. Merkblätter wurden wiederholt im Kreise verteilt. Erfolg hatte indessen noch mehr die mündliche Belehrung. Die Heilstättenverfahren, das Abtrennen der ansteckenden Kranken von den gesunden Familienmitgliedern, das Beschaffen von Sputumflaschen wird u. a. bei den Hausbesuchen durch die Fürsorgerin veranlaßt. Um den Kranken mit offener Tuberkulose ein getrenntes Schlafen zur Verhütung der Infektion zu ermöglichen, wurden insgesamt 52 Isolierbetten unentgeltlich ausgeliehen. Zur Aufklärung und Belehrung wurden durch Aerzte und die Oberfürsorgerin Vorträge gehalten. Zur Stärkung der skrophulösen Schulkinder hat der Kreis im Frühjahr 1920 ein Kinderheim in Bad Rothenfelde gekauft. Monatlich werden ungefähr 90 Kinder zur Kur (15—16 Solbäder) nach dort entsandt. Die durchschnittliche Gewichtszunahme betrug 5—8 Pfund in 4 Wochen. Die 25 Fürsorgerinnen, die in ihren Bezirken die Beraterinnen und Vertrauten der Hilfsbedürftigen sind, haben im Berichtsjahre 27 432 Hausbesuche gemacht.

3. Allgemeine Wirtschaftspflege.

a) Armenpflege.

Die Kosten der außerordentlichen Armenlast, die Pflegekosten der in Provinzialanstalten untergebrachten Ortsarmen, beliefen sich im Berichtsjahre auf rund 294 750 Mk. Hiervon zahlten rund 20 000 Mark die Eltern und Angehörigen, rund 91 500 Mk. die Gemeinden und rund 183 250 Mk. der Kreis. In Anstalten untergebracht waren rund 200 Ortsarme; von diesen sind 10 gestorben und 10 als gebessert bezw. geheilt entlassen.

b) Fürsorge für blinde und taubstumme Kinder.

Zur Beschulung waren in Blinden- und Taubstummenanstalten untergebracht insgesamt 40 Kinder. Die Kosten der Beschulung betrugen 34 204 Mk.

c) Erwerbslosenfürsorge.

An Erwerbslosenunterstützung wurden 1920 rund 8000 Mark gezahlt. Der Landkreis Bochum ist einer derjenigen Kreise, die die wenigsten Erwerbslosenunterstützungen gezahlt haben. Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß der Arbeitsnachweis bestrebt ist, die von der Industrie abgekehrten Arbeiter, die ja zum größten Teil in derselben heute keine Beschäftigung wieder finden, auf dem Lande unterzubringen. Viele einst hier zugereiste Landarbeiter sind nach und nach der Landarbeit wieder zugeführt worden. Dadurch wird auch der Hochflut der ausländischen Saisonarbeiter gesteuert.

(Schluß folgt.)

Das ist in der jetzigen Zeit viel zu gefährlich. In der Tat brauchen nach den beim T. A. gemachten Erfahrungen nur in ganz wenigen Fällen Benachrichtigungszettel an die Türe geheftet zu werden.

—* **Der Schwindel der Wett-Konzerne.** Die städtische Schutzstelle gegen Schwindel und Ausbeutung in Hagen (Westf.), Spinngasse 3, schreibt uns: Den Sport-Konzernen, deren Unternehmen, mit Rennwetten Geld zu verdienen, gewiß nicht als solides Geschäft zu bezeichnen ist, strömen kritiklos von allen Schichten der Bevölkerung Millionen zu. Der Kundige ist ja gewarnt, wenn er nur die stolzen Firmenbezeichnungen hört. (Klante-Konzern, Sportbank Köhn-Konzern, Sportverlag Form und Klasse Bankabteilung, Finanzgeschäft Bült, Wettkonzern Vulkan, Westdeutscher Sportkonzern Uebbing u. Co. in Dortmund, Zeuner-Konzern, Germania-Konzern usw.), die doch nur darauf berechnet sind, Leichtgläubigen Sand in die Augen zu streuen. Denn weder von einem Konzern, der Vereinigung eines maßgebenden Teils von Produktionsstätten eines Industriezweiges, noch von einer Bank, einem mit großen Betriebsmitteln kaufmännisch geführten Unternehmen, das dem Bedürfnis des Verkehrs nach dem Umsatze von Geld oder geldähnlichen Werten (Devisen, Wechseln, Wertpapieren) dient, kann hier die Rede sein. Liest man dann noch, daß sie versprechen, das eingezahlte Kapital trotz der hohen Reklamekosten und des Gewinnanteils des Unternehmers binnen zwei Monaten zu verdoppeln, also in 12 Monaten 64 faches Geld zu zahlen, und das für eine empfehlenswerte Kapitalanlage erklären, so müßte man meinen, daß sich gar nicht viele fänden, daß der Fang lohnt. Was nützt der Hinweis, daß auch der beste Kenner des grünen Rasens nicht imstande ist, mit Sicherheit alle zwei Monate sein Geld am Totalisator zu vervielfachen! Wieviele lassen sich durch allerlei Redensarten beeinflussen! Vielleicht gehen manchem die Augen auf, wenn er hört, daß gegen W. Bült, einem zwangsweise beurlaubten, völlig mittellosen Bankbeamten, das Betrugsverfahren schwebt, daß sich des Uebbing bereits der Dortmunder Untersuchungsrichter angenommen hat und daß der Leiter des Germania-Konzerns jetzt in Berlin, wo er von den erschwindelten 1½ Millionen flott lebte, verhaftet worden ist.

Sport.

nb. **Schach-Städtewettkampf Gelsenkirchen—Wattenscheid.** Gelsenkirchen, 20. Juli. In Wattenscheid fand der erste Gang des Städtewettkampfes der Gelsenkirchener Schachvereinigung gegen den Wattenscheider Schachklub statt, der mit 9½ zu 2½ zugunsten von Gelsenkirchen endete. Gespielt wurde an 12 Brettern. Das Retourspiel soll im Oktober in Gelsenkirchen stattfinden.

nb. **„Waf"-Wien — Sp. V. Union-Gelsenkirchen 2:0.** Gelsenkirchen, 20. Juli. Der Sportverein „Union"-Gelsenkirchen hatte die drittbeste Wiener Mannschaft, den in Westdeutschland gut bekannten Wiener Associations-Fußballklub „Waf" zu einem Fußballspiel verpflichtet, das gestern abend vor einer nach vielen Tausenden zählenden Zuschauermenge auf dem Sportplatz an der Dessauer Straße ausgetragen wurde. „Waf"-Wien trat mit drei Internationalen an, während „Union" unter Leitung des internationalen Trainers Körner von der Rapid-Mannschaft in Wien antrat. Das Spiel endete mit 2:0 (Halbzeit 1:0) zugunsten von „Waf"-Wien. Es war das erste Mal, daß eine Wiener Mannschaft in Gelsenkirchen spielte. — Die Wiener spielten am vergangenen Sonntag in Essen gegen den Ballverein Altenessen und gewannen auch hier mit 4:2 (Halbzeit 2:2).

Vermischtes.

Ende der hellen Nächte. Im Laufe des Monats Juli geht allmählich die Periode der hellen Nächte, die Zeit, in der sich die Abenddämmerung über Mitternacht unmittelbar mit der Morgendämmerung vereinigt, zu Ende, zuerst in der südlichen, dann in der nördlichen Hälfte Deutschlands. Am spätesten, Anfang August, verschwindet die Mitternachtshelle in den nördlichsten Teilen Deutschlands, in Schleswig und Ostpreußen. Von jetzt an sinkt die Sonne, von südlichen nach nördlichen geographischen Breiten fortschreitend, nachts mehr als 18 Grad unter den Horizont, so daß ihre Strahlen die noch Licht reflektierenden oberen Atmosphärenschichten nicht mehr zu erleuchten vermögen und wieder volle Dunkelheit eintritt.

Der Humor eines Bestohlenen. Die Hagener Zeitung erhielt folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: „Der Spitzbube, der mir am Samstag nachmittag während eines kurzen Schlafes im Walde meinen Rock, Weste, Uhr und Brieftasche mit Inhalt gestohlen hat, kann zur Vervollständigung des Anzuges auch noch die fehlende Hose von mir haben. Der Dieb wird gebeten, den Ort, wo ich die Hose hinbringen soll, in der Geschäftsstelle dieser Zeitung persönlich oder schriftlich anzugeben."

Wieviel Kinos hat die Erde? Die L. B. B. weiß auf Grund eines umfangreichen statistischen Materials auf diese Frage eine einigermaßen zuverlässige Antwort zu geben. Nach ihren Angaben besitzen Europa gegenwärtig 18 393, Amerika 20 600, die übrigen Erdteile zusammen rund 2000 Kinos. Verbürgen kann man sich für diese Zahlen bei den erschwerten internationalen Beziehungen nicht. Die Gesamtziffer für die ganze Welt wird mit rund 47 000 angenommen.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 1.— M. bei Vorauszahlung

Christlicher Metallarbeiterverband.

Weitmar-Nord und Maarbrücke. Sonntag, den 24. Juli: Ausflug nach Haus Brenschede. Treffpunkt 1 Uhr bei Wiedelmann, Essenerstraße.

Jugendgruppe.

Theaterabteilung. Freitag, den 22. Juli, abends 7 Uhr: Probe im Weißen Saale der Bürgergesellschaft. Der Vorstand.

Ehrenfeld. Montag, den 25. Juli, abends 7 Uhr: Jugendversammlung bei Bredenbröker, Westfalenplatz.

Bezirk Maarbrücke. Mittwoch, den 27. Juli, abends 7 Uhr: Jugendversammlung bei Rankt, Wattenscheiderstraße. Das Erscheinen eines jeden jungen Kollegen ist dringend erforderlich.

Statt Karten

Die Verlobung unserer Tochter Hedwig mit Herrn Emil Hake beehren sich anzuzeigen

Friedrich Specht und Frau
Emma geb. Thielmann.
Werne, Kr. Bochum, im Juli 1921.

Hedwig Specht
Emil Hake
Verlobte.
Werne, Kr. Bochum, Lütgendortmund, im Juli 1921.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Uhrmachers **Wilhelm Fiege** in Bochum, Friedrichstr. 35 ist heute 9½ Uhr vormittags der Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt Müller in Bochum.
Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum **10. August 1921.**
Anmeldefrist bis zum **10. August 1921.**
Erste Gläubigerversammlung am **16. August 1921,** vormittags 10 Uhr im hiesigen Amtsgericht Wilhelmsplatz Zimmer Nr. 1.
Prüfungstermin am **16. August 1921** daselbst.
Bochum, den 16. Juli 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bochumer Krieger- u. Landwehr-Verein
1. Bezirk.
Sonnabend, den 23. Juli 1921 **Beerdigung** des Kameraden
Karl Anwand
v. d. Reckestr. 85.
Antreten 4½ Uhr nachmittags im Vereinslokale Leist, Alleestraße 115.
Bochum, 21. Juli 1921.
Der Vorsitzende.

Miets-Gesuche

Gesucht zum 15. August in Bochum für jungen Kaufmann
möbliertes Wohn- und Schlafzimmer
möglichst mit Telefonanschluß evtl. mit Verpflegung und Familienanschluß. Offerten unt. **V. 2165** an Büttners Ann.-Exp. Oldenburg i./O.

Abteilungschef und Lagerist suchen je
ein möbliertes Zimmer.
möglichst in einem Hause spätestens bis 15. 8. Offerten unter **W. K. 754** an die Gesch. d. Ztg.

Jüngerer Herr sucht
möbliertes Zimmer
in gutem Hause, möglichst mit voller Pension. Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb. unt. **C. D. 3050.**

Offene Stellen

Nebenverdienst!
Herren u. Damen verdienen mtl. Mk. 1000,00. Leichte häusl. Tätigkeit. Sof. Verdienst. Str. reell. Muster u. Anleitung ges. Mk. 4.00. **Paul Busse,** Oble i. W. 22.

Städtisches Arbeitsamt
Bochum, Trankgasse Nr. 7, Eingang E. Scharpenseel-Brauerei.

Die männliche Abteilung
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 118, sucht:
Mechaniker, Schablonenschlosser, jüngere Dreher für Zahnräder, Maler und Anstreicher, Maurer, Zimmerer, Bauschreiner.

Abteilung für Lehrlinge:
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 144 sucht:
Kaufmann, Maler u. Anstreicher, Küfer, Messerschmied, Schmied.

Die weibliche Abteilung:
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 119, sucht:
Haus-, Zweit- und Küchenmädchen, ½-, ¾- und **Tagesmädchen, Stützen, jüngere und ältere Mädchen für Landwirtschaft, perfekte Köchinnen** hier und auswärts für **Privathaushalt, 1 Gutswirtschafterin, Stubenmädchen** für auswärtige Anstalt, **1 perfekte Hausweißnäherin, Haus-, Herd- und Zimmermädchen** für Hotelbetrieb nach auswärts, **Oberhemden-Näherinnen** (Heimarbeit), **perfekte Stenotypistin** für auswärts.

Abteil. für Lehrmädchen:
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 145, sucht:
Mädchen für häusliche Berufe auf dem Lande, Kolonialwarenhandlung (nach auswärts).

Einen
Lehrling
mit Einjährigen-Zeugnis für das kaufmännische Büro eines hiesigen Rohrleitungswerkes zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote sind unt. Nr. **3102** an die Geschäftsst. dieser Zeitung zu richten.

Bess. Mädchen
für Küche und Hausarbeit baldigst gesucht.
Frau Justizrat Reers, Wattenscheid, Kaiserplatz.

In besserem Hause wird gesucht für sofort oder später von alleinstehendem gebildeten Herrn
1 Herrenzimmer (evtl. auch Wohnzim.) und
1 Schlafzimmer.
Gefl. Angebote erbeten unter Nr. **3131** an die Expedition d. Ztg.

Eine jüngere
Kontoristin
möglichst mit 1—2jähriger Büropraxis, perfekt in Schreibmaschine u. Stenografie, zum 1. Aug. gesucht. Selbstgeschr. Angeb. unter Beifügung von evtl. Zeugnissen unter Nr. **3121** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Schneiderin empfiehlt sich z. Anf. v. Damen- u. Kindergarderobe.
Ferdinandstr. 39.

Für den Bezirk
Querenburg zuverlässige Zeitungsbotin
gesucht.
Märkischer Sprecher
Buddenbergstr. 11.

Ein älterer Herr sucht ein älteres
Mädchen
od. Frau zur Führung d. bürgerl. Haushaltes, der er später sein ganzes Eigentum hinterlassen wird. Briefliche Angeb. bis 30. Juli an die Exped. d. Ztg. u. **A. R. D. 125.**

Verkäufe

Pianos,
neue, mit und ohne Vorkaufsrecht zu vermieten.
J. L. Rebbert,
Lothringerstr. 10/12, zwischen Alleestraße und Moltkeplatz.

Rudenplane Wagendecken Waggondecken
Markisen-Segeltuch aus Heeresbest, der Marine, teils wenig gebrauchte und neue Ia. Friedensqualitätsware als spottbilliger Gelegenheitskauf verkäuflich im Lagerhaus **Dortmund,** Humboldtstraße 12a, Hinterhaus. Tel. 8739.

Geschäftshäuser
Laden, 3—5 Zimmer frei
Zigarrengeschäfte
im Norden mit 1 Zimmer
Lebensmittelgeschäft
ohne Ware zu übern.
Zig.- u. Friseurgeschäft
Metzgerei
im Zentrum gelegen, günstig zu verkaufen durch
Reform
Immobilienbüro, Dortmund, Mallinckrodtstr. 33.

Pianos,
gebraucht, wie neu aufgearbeitet, preisw. abzug. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Pianohaus J. Marks, Kaiser-Wilhelmstr.

National-Registrierkasse
zu verkaufen.
Storch & Co., Herne
Bahnhofstraße 11.

Kaufgesuche

Junges Ehepaar sucht
Schlafzimmer-Einrichtung
zu kaufen. Gefl. Offerten mit Preis unter **B. D. 80** an die Gesch. d. Ztg.

Ordnung für die Erhebung einer Biersteuer in der Landgemeinde Weitmar.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 4. März 1910 wird gemäß §§ 13, 15 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 für die **Landgemeinde Weitmar** folgende Biersteuerordnung erlassen:

I. Steuer von dem im Gemeindebezirke gebrauten Bier.

§ 1. Steuerpflicht.

Von dem im Gemeindebezirke gebrauten und zum Verbrauche gelangenden Bier wird eine Steuer erhoben, welche 65 Pfg. für ein Hektoliter, für Bier mit einem Alkoholgehalte von höchstens 1¾ vom Hundert der Raummenge, insbesondere einfaches Bier, Braun-, Dünn-, Erntebier und sonstiges geringwertiges Bier, jedoch nur 30 Pfg. für ein Hektoliter beträgt. Der Steuerberechnung wird der Raumgehalt der Gefäße zugrunde gelegt, in denen sich das Bier zur Zeit des Eintritts der Steuerpflicht befunden hat.

Die Steuerpflicht tritt ein, sobald das Bier aus der Brauerei in den freien Verkehr innerhalb des Gemeindebezirks tritt, in einen mit der Brauerei verbundenen Ausschank übergeführt oder in der Brauerei oder im Haushalte des Haustrunkbrauers verbraucht wird. Zu dem in der Brauerei verbrauchten Bier gehört insbesondere auch das Bier, welches auf dem Brauereigrundstück im Haushalte des Brauereibesitzers verbraucht wird.

§ 2. Erfüllung der Steuerpflicht.

Die Steuer ist von dem Brauer (auch Haustrunkbrauer) zu entrichten. Sie wird für die während eines Monats steuerpflichtig gewordenen Biermengen (§ 1, Abs. 2) am letzten Tage des Monats fällig und ist spätestens am siebenden Tage des nächstfolgenden Monats bei der Gemeindekasse einzuzahlen.

Wird die Zahlungsfrist wiederholt versäumt oder liegen Gründe vor, die den Eingang der Steuer gefährdet erscheinen lassen, so kann die Sicherstellung der Steuer verlangt werden.

Gegen Bestellung vollständiger Sicherheit wird die Steuer für eine Frist von sechs Monaten gestundet. Ohne Sicherheitsleistung kann die Steuer auf drei Monate gestundet werden. Monatsbeträge unter 20 Mark sind von der Stundung ausgeschlossen.

Ueber das während eines Monats steuerpflichtig gewordene Bier hat der Brauer spätestens am siebenden Tage des folgenden Monats der Gemeindekasse eine mit seiner Unterschrift versehene Nachweisung in doppelter Ausfertigung vorzulegen, in der die einzelnen Biermengen unter Angabe des Tages der Abgabe, des Namens und der Wohnung des Empfängers, der Art des Bieres, der Zahl, der Zeichen und des Raumgehaltes der Gebinde oder Flaschen, sowie des Betrages der Biersteuer aufzuführen sind. Einzelmengen unter 10 Liter können in Tagessummen als Kleinverkauf angegeben werden.

Hinsichtlich desjenigen Bieres, welches im Laufe eines Monats in der Brauerei oder im Haushalte eines Haustrunkbrauers verbraucht worden ist, braucht in der Nachweisung nur die Gesamtmenge des Verbrauchs an den einzelnen Tagen und im ganzen angegeben zu werden.

Eine Ausfertigung der Nachweisung wird mit Quittung über den gezahlten Steuerbetrag oder, wenn der Brauer Stundung genießt, mit Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung zurückgegeben. Sie ist von dem Brauer in einem Sammelhefte aufzubewahren und den Aufsichtsbeamten auf Erfordern vorzuzeigen.

II. Steuer von dem in den Gemeindebezirk eingeführten Bier.

§ 3. Steuerpflicht.

Von dem in den Gemeindebezirk eingeführten Bier wird eine Steuer erhoben, welche 65 Pfg. für ein Hektoliter, für Bier mit einem Alkoholgehalte von höchstens 1¾ vom Hundert der Raummenge (einfaches Bier, Braun-, Dünn-, Erntebier und sonstiges geringwertiges Bier) jedoch nur 30 Pfg. für einen Hektoliter beträgt. Wegen der Steuerberechnung findet § 1, Abs. 1, Satz 2, Anwendung.

Die Steuerpflicht tritt mit dem Zeitpunkt des Empfanges des Bieres (§ 6) ein.

§ 4. Befreiungen.

Von der Steuer befreit ist:

a) Bier, welches in Mengen von nicht mehr als zwei Litern eingeführt wird;

b) Bier, welches durch den Gemeindebezirk nur durchgeführt wird;

c) sogenanntes Retourbier einer im Gemeindebezirke gelegenen Brauerei, das in den Brauereibetrieb zurückgenommen wird.

Durchgeführtes Bier ist auch solches, welches, auf der Eisenbahn zugeführt, ohne in die Gemeinde eingebracht zu werden, auf dem Bahnhofe lagert und demnächst in den Urgebinden weiter befördert wird, oder welches, auf der Achse oder auf Schiffen eingegangen, in denselben Gebinden und mit denselben Frachtbriefen usw. weitergeht.

§ 5. Art, Ort, Zeit und Ueberwachung der Einfuhr.

Jede Einfuhr von Bier muß in geaichten Gebinden mit darauf angegebener Bezeichnung des Raumgehaltes oder in Flaschen, die für jedes Frachtstück gleichartig sind, erfolgen.

Die Einfuhr darf nur auf einer Einfuhrstraße und nur während der Tageszeit geschehen. Einfuhrstraßen sind die hier einmündenden Eisenbahnen und die als Einfuhrstraßen vom Gemeindevorstand ausdrücklich bezeichneten Land- und Wasserstraßen mit den für letztere bestimmten Landungsplätzen. Als Tageszeit gilt in den Monaten Mai bis September die Zeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, in den Monaten Oktober bis April die Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Die Einfuhr außerhalb dieser Zeit ist zulässig, wenn sie mittels der dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen, der regelmäßigen Schiffsverbindungen oder Fahrposten erfolgt, oder wenn in besonderen Fällen die Erlaubnis vom Gemeindevorstande vorher erteilt worden ist, letzterenfalls unter den dabei festgesetzten Bedingungen.

Jeder Frachtführer ist verpflichtet, den Aufsichtsbeamten auf Erfordern die zu den eingehenden Biersendungen gehörigen Begleitpapiere, Frachtbriefe usw., vorzuzeigen.

§ 6. Erfüllung der Steuerpflicht.

Die Steuer für das eingeführte Bier ist von dem Empfänger zu entrichten. Sie wird für die während eines Monats von auswärts bezogenen Biermengen am letzten Tage des Monats fällig und ist spätestens am siebenten Tage des nächstfolgenden Monats bei der Gemeindekasse einzuzahlen.

Die Bestimmungen des § 2, Abs. 2 und 3, finden auch auf die Steuer für das eingeführte Bier Anwendung.

Wer Bier empfängt, welches von auswärts eingeführt ist, hat der Gemeindekasse über das während eines Monats empfangene Bier spätestens am siebenten Tage des folgenden Monats eine mit seiner Unterschrift versehene Nachweisung in doppelter Ausfertigung vorzulegen, aus der die einzelnen Biermengen unter Angabe des Tages des Empfangs, des Namens und Wohnorts des Absenders, der Art des Bieres, der Zahl, der Zeichen und des Raumgehalts der Gebinde oder Flaschen sowie des Betrages der Biersteuer ersichtlich sein müssen. Der Berechnung der Steuer ist der Raumgehalt der Gefäße, in denen sich das Bier beim Empfange befindet, zugrunde zu legen.

Eine Ausfertigung der Nachweisung wird mit Quittung über den gezahlten Steuerbetrag oder, wenn der Steuerpflichtige Stundung genießt, mit Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung zurückgegeben. Sie ist von dem Steuerpflichtigen in einem Sammelhefte aufzubewahren und den Aufsichtsbeamten auf Erfordern vorzuzeigen.

III. Aufsichtsmaßnahmen.

§ 7. Lagerbuch.

Wer sich mit dem Weiterverkauf oder Ausschank von Bier befaßt, hat über das aus einer einheimischen Brauerei oder Handlung von auswärts bezogene Bier ein Lagerbuch zu führen, in welchem jede Biersorte eine besondere Abteilung erhält. In das Lagerbuch sind inbezug auf das bezogene Bier Tag und Stunde des Empfangs, der Name des einheimischen Brauers oder Händlers bezw. Name und Wohnort des auswärtigen Absenders, die Art des Bieres, Zahl, Zeichen und Raumgehalt der Gebinde oder Flaschen und der Lagerraum, inbezug auf das in den Gemeindebezirk oder nach auswärts weiterverkaufte oder zum Ausschank entnommene Bier Tag und Stunde des Abgangs, Name und Wohnort des Empfängers, die Art des Bieres sowie Zahl, Zeichen und Raumgehalt der Gebinde oder Flaschen, inbezug auf das zum Verbrauch im eigenen Haushalt entnommene Bier dessen Menge einzutragen, auch ist jede Umfüllung in dem Lagerbuche zu vermerken. Die Eintragungen sind alsbald nach dem Empfang, der Entnahme und der Umfüllung des Bieres zu bewirken.

Das Lagerbuch ist nebst den Belegen jederzeit zur Einsicht der Aufsichtsbeamten bereit zu halten. Die Aufsichtsbeamten sind befugt, sich von der Richtigkeit der Buchführung durch Aufnahme der Lagerbestände zu überzeugen und zu diesem Zwecke alle Räume zu betreten, in denen Bier gelagert wird. Die Bierhändler sind verpflichtet, den Beamten die zur ordnungsmäßigen Erledigung der Amtsgeschäfte erforderlichen Hilfsdienste zu leisten oder leisten zu lassen.

IV. Ausfuhrvergütung.

§ 8.

Händlern, die das Lagerbuch nach § 7 ordnungsmäßig führen, wird für das von ihnen nach auswärts versandte Bier, für welches eine Steuer nach § 1 oder § 3 entrichtet worden ist, die nachweislich gezahlte Steuer voll vergütet, sofern über die Identität des versteuerten und des ausgeführten Bieres und seine Unversehrtheit kein Zweifel besteht.

Der Anspruch auf die Vergütung ist beim Gemeindevorstande monatlich durch Vorlegung einer Nachweisung über die während des Monats nach auswärts versandten versteuerten Biermengen anzumelden. In der Nachweisung müssen Tag und Stunde des Versands, Name und Wohnort des Empfängers, die Art des Bieres, sowie Zahl, Zeichen und Raumgehalt der Gebinde oder Flaschen angegeben sein.

Der Berechnung der Vergütung wird der Raumgehalt der zur Ausfuhr benutzten Gefäße zugrunde gelegt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich durch die Gemeindekasse, und zwar, sofern dem Händler Stundung der Biersteuer bewilligt ist, durch Verrechnung auf die gestundete Steuer oder durch Barzahlung nach Ablauf der Stundungsfrist.

V. Zulässige Vereinbarungen.

§ 9.

Der Gemeindevorstand ist befugt, mit einzelnen Steuerpflichtigen (§§ 2, 6) zum Zwecke der Erleichterung des Verkehrs, ferner betreffs der Zahlung und Vergütung der Steuer besondere Vereinbarungen zu treffen. Die Vereinbarungen dürfen nicht zu Ungleichheiten in der Besteuerung führen. Sie bedürfen der Genehmigung.

VI. Strafen.

Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften dieser Steuerordnung werden, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Strafe von 3 bis 30 Mark belegt. Außerdem ist im Falle der Steuerhinterziehung die hinterzogene Steuer nachzuzahlen.

VII. Inkrafttreten der Steuerordnung.

Diese Steuerordnung tritt am 1. April 1910 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Biersteuerordnung vom 26. Februar 1900 außer Kraft.

VIII. Uebergangsbestimmungen.

Soweit beim Inkrafttreten der gegenwärtigen Steuerordnung im Gemeindebezirke gebrautes Bier bereits nach den Vorschriften der bisherigen Ordnung versteuert ist, wird die gezahlte Steuer auf die nach den Vorschriften der gegenwärtigen Ordnung etwa zu entrichtende Steuer angerechnet.

Weitmar, den 14. März 1910.

Der Amtmann: Roeding. **Der Gemeindevorsteher:** A. Dieckmann.

Genehmigt.

Bochum, den 21. März 1910.

Namens des Kreisausschusses des Landkreises Bochum. Der Vorsitzende. Königl. Landrat:
J. V.: Werther, Regierungs-Assessor.

Zu der oben ausgesprochenen Genehmigung erteile ich meine Zustimmung.

Arnsberg, den 26. März 1910.

Der Regierungspräsident.
J. V.: Gisevius.

Vorstehende Biersteuerordnung wird hierdurch erneut zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Weitmar, den 19. Juli 1921.

Der Amtmann: Roeding.